

2/2012

**MENSCHEN  
FÜR TIER  
RECHTE.**

**Tierversuchsgegner**

**Baden-Württemberg e.V.**

Als gemeinnützig und besonders  
förderungswürdig anerkannt

# **TIERSCHUTZ AKTUELL**

Mitglieder-Informationen August 2012



Taubenhaus in Stuttgart, Stadtgarten

Foto: Silvie Brucklacher-Gunzenhäußer

- ***Tauben in der Stadt - Beispiel Stuttgart***
- ***Zukunft: Toxikologie des 21. Jahrhunderts ohne Tierversuche***
- ***Kaninchenhaltung: Verordnungsentwurf mangelhaft***
- ***Tiertransporte - 8hours-Kampagne: über eine Million Unterschriften***

**Geschäftsstelle:** Alexanderstr. 13 · D 70184 Stuttgart · Tel.: 07 11/61 61 71 · Fax: 07 11/61 61 81

**Bankverbindung:** Kreissparkasse Böblingen · BLZ 603 501 30 · Konto-Nr. 22 349

**Internet:** [www.tierrechte-bw.de](http://www.tierrechte-bw.de) · **facebook:** [www.facebook.com/tvgbw](http://www.facebook.com/tvgbw) · **E-Mail:** [info@tierrechte-bw.de](mailto:info@tierrechte-bw.de)

## Inhaltsverzeichnis

### Seite

03 - 13	Unsere Aktivitäten, darunter:
04 - 05	Tauben in der Stadt
09 - 10	Intern. Tag zur Abschaffung der Tierversuche
13	Veröffentlichte Leserbriefe
14 - 15	Tierschutzpolitik in Baden-Württemberg
16	Das Elend der Legehennen geht weiter
17	Kaninchenhaltung: Verordnungsentwurf
19 - 20	Tierschutzgesetz der Bundesregierung
21 - 22	Tiertransporte - 8hours-Kampagne und Petition an EU zur Kaninchenhaltung
23 - 26	Kritik an Tierversuchen
26 - 28	Tierversuchsfreie Methoden
29 - 30	Tierschutztagung in Bad Boll
31	Kurzmeldungen: Positive Gerichtsurteile zu Nerzfarmen und Hühnermastanlage, Erfolg bei Schweinemastanlage, Anschriften

### MENSCHEN FÜR TIERRECHTE.

Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.

Alexanderstr. 13, D-70184 Stuttgart

E-Mail: [info@tierrechte-bw.de](mailto:info@tierrechte-bw.de)

### Chefredaktion und Gestaltung:

Ingeborg Livaditis

Bahnhofstr. 12, D-71101 Schönaich

Tel. 0 70 31/65 20 15, Fax: 0 70 31/75 13 50

E-Mail: [Liva-Tierrechte@arcor.de](mailto:Liva-Tierrechte@arcor.de)

### Redaktionelle Mitarbeit:

Marie-Luise Strewe und Barbara Pflüger sowie  
namentlich genannte Autoren

### Herstellung: pws Print und Werbeservice Stuttgart GmbH

Auflage: 1.650 Exemplare

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Liebe Leserinnen und Leser,

es war einmal eine Brieftaube, die sollte von Paris nach Basel fliegen, aber sie schaffte es nicht. Auf ihrem Weg zurück in den Taubenschlag waren die Lüfte der Städte voller giftiger Winde, und die Lüfte waren oft verstellt durch Wanderfalken. Die Taube verirrte sich nach Stuttgart und landete völlig erschöpft auf unserem Auto hinter dem Haus. Sie war am Ende ihrer Kraft und fast verhungert und verdurstet.

Briefftauben haben zwei Fußringe, in denen neben ihrer Herkunft und dem Alter meistens die Telefonnummer des Züchters angegeben ist. Somit konnten wir gleich den Besitzer in Basel anrufen. Eine Woche später holte er seine Taube bei uns ab. Ein gutes Ende!

Das war das erste Mal, dass ich mich mit dem Schicksal einer Taube beschäftigte, obwohl ich schon seit vielen Jahren im Tierschutz aktiv bin. Tierschutz ist bei uns in der Familie Hobby und Passion. Wie viele andere Menschen war ich aber nur in Hunde und Katzen verliebt. Durch das Erlebnis mit der Taube fing ich jedoch an, mich mit dem Taubenproblem zu beschäftigen. Ich konnte nicht mehr wegsehen!

Viele Menschen finden diese Vögel leider lästig, schimpfen über ihren Kot oder halten sie für Überträger von Krankheiten, was allerdings längst widerlegt ist. Kaum jemand schreitet deshalb ein, wenn Kinder Tauben aufscheuchen, nach ihnen treten oder Jugendliche Hunde auf sie hetzen. Tauben mit gebrochenen Flügeln oder verletzten Beinchen humpeln stets hungrig durch Fußgängerzonen oder zwischen Autos hindurch. Ich stellte fest, dass für diese Tiere scheinbar niemand zuständig ist.

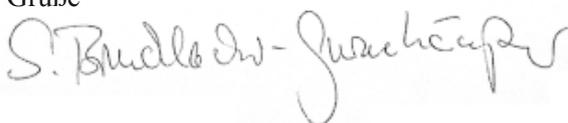
Dabei leben in unseren Städten viele verwilderte Haus- und ehemalige Briefftauben. Keiner möchte sie haben! Wir Menschen haben vor Jahrhunderten die ehemaligen Felsentauben, die einmal im Jahr ein Gelege von zwei Eiern ausbrüten, so gezüchtet, dass sie bis zu sechsmal im Jahr Eier legen. Dadurch wächst ihre Population ungeheuer und kann zur Plage werden, obwohl viele Jungtiere die ersten Monate nicht überleben.

Ich begann, mich mit der Situation der Tiere zu beschäftigen. Die meisten Informationen fand ich bei der *Bundesarbeitsgruppe Stadtauben* des *Bundesverbandes Menschen für Tierrechte*. Dort wurde schon vor Jahren begonnen, ein erprobtes Konzept zur Bestandskontrolle zu erstellen, das durch Austausch der Eier in betreuten Schlägen besteht. Als Verwaltungsratsmitglied des *Stuttgarter Tierschutzvereins* begann ich mit diesen Informationen vor vier Jahren, den Kontakt zu Gemeinderäten und der Stadt Stuttgart zu suchen.

Es entstand eine Arbeitsgemeinschaft, die funktioniert. Wir gewannen Mitarbeiter der *Caritas* dazu und nun gibt es ein starkes Team von Ehrenamtlichen, Taubenwarten und Taubenpaten. Ich will nicht verhehlen, dass es viel Kraft, Energie, Zeit und Durchhaltevermögen verlangt, um zum Ziel zu kommen. Der Anfang ist gemacht, aber es muss immer weitergehen. Im Moment betreuen wir in Stuttgart sechs Taubenschläge und haben schon 2.500 Eier ausgetauscht. Ich wünsche mir sehr, dass wir uns in allen Städten der Tiere annehmen, die wir hereingeholt haben – der friedlichen Tauben, die in lebenslanger Gemeinschaft leben und einfach ein Zuhause brauchen. Das sind wir ihnen schuldig.

Liebe Grüße

Ihre



Silvie Brucklacher-Gunzenhäußer

Vereinsmitglied und

Taubenbeauftragte beim *Tierschutzverein Stuttgart u.U. e.V.*

## Aktion *Meat Out* (= *Schluss mit Fleisch*) Stand in Schwäbisch Hall, 17.03.2012

Beate Häberle und Markus Sieker,  
AG Schwäbisch Hall

Anlässlich der jährlichen weltweiten Aktion *Meat Out* haben wir in der Haller Fußgängerzone unseren Stand aufgebaut, um den Passanten Köstlichkeiten der veganen Küche näher zu bringen. Neben Rezepten zur veganen Ernährung und ausführlichem Infomaterial zum veganen Leben lachten die Vorübergehenden farbenfrohe Schnittchen an: wunderbares Brot mit verschiedensten Pflanzenaufstrichen, garniert mit frischem Gemüse. Wir sahen die Interessenten uns schon die Leckereien aus den Händen reißen.

Und wisst Ihr, wie's lief? Es war der totale Flop, anders kann man es wirklich nicht ausdrücken.

Am Ende des Vormittags standen vier Aktive unserer Gruppe, Anita Renner, Karin Schön und wir beide, vollgestopft mit delikatsten Broten hinter dem Stand. Der „Passantenumsatz“ war gleich null. Und wären nicht einige Bekannte von Anita Renner und Karin Schön vorbeigekommen, so wären wohl die Schnittchen gänzlich in unsere Mägen gewandert.

Warum waren die Leute denn so zurückhaltend, werdet Ihr fragen. Stellt es Euch in etwa so vor: Zwei Personen laufen vorbei, schauen auf den reich gedeckten Tisch, machen neugierig einige Schritte Richtung Tisch. Dann fällt der Blick auf das Banner *Menschen für Tierrechte* und prompt wird scharf gebremst und – um es bildlich auszudrücken – sofort

geblinkt. Ausscheren, möglichst weit weg vom Stand. Nach Passieren des Standes erneut blinken, um den Weg auf gewohnter „Laufbahn“ fortzusetzen.

Es war erschreckend und gleichzeitig auch frustrierend, so etwas zu beobachten. Was soll die ganze Aktion eigentlich, fragt man sich. Macht das überhaupt Sinn?

Klar macht das Sinn! Wir werden „denen“ doch nicht den Gefallen tun, uns enttäuscht zurückzuziehen. Wir denken daran, welches Leid all die Tiere Tag für Tag ertragen müssen. Da ist so ein bisschen Frust doch geradezu lächerlich. Und vielleicht haben wir doch einen kleinen Anstoß gegeben, um die „eingefleischten“ Essgewohnheiten zu überprüfen.

## Radiosendungen unserer Aktionsgruppe Schwäbisch Hall auf *Radio StHörfunk*

Beate Häberle und Markus Sieker,  
AG Schwäbisch Hall

Premiere nach gut zwei Jahren Sendungen. Bis dato haben wir Informationen in Form eines Vortrages vermittelt, nun war Neues angesagt: Erstmals haben wir Gäste interviewt, und es hat toll Spaß gemacht! Das lag zu einem nicht geringen Teil natürlich auch an den Gästen.

Zu unserer Premierensendung am 19.03.2012 mit dem Titel „**Leben und Tiere leben lassen**“ hatten wir Susanne Pfeuffer und Martin Weid vom *Gnadenhof Gollachostheim* eingeladen. Die beiden haben in der Nähe von Würzburg im Jahr 2007 einen Bauernhof erworben, modernisiert und für die Tierhaltung umgebaut. Heute teilen sie ihr Leben mit fast hundert Tieren: 7 Hunden, 12 Kat-

zen, 15 Kaninchen, 10 Hühnern, 13 Meerschweinchen, 5 Schweinen und 26 Ziegen. Der Gnadenhof finanziert sich durch viel Eigeninitiative, Tierpatenschaften und Spenden.

Für ihr großes Engagement wurden sie letztes Jahr mit dem Tierschutz-Sonderpreis der Bayerischen Staatsregierung ausgezeichnet, verliehen durch Minister Markus Söder.

Nachdem Susanne und Martin erst mal einiges über sich und ihren Weg zum Gnadenhof erzählt hatten, konnten wir sie mit vielen, vielen Fragen löchern:

- Wie schafft man es, bei einer Vollzeitstellung „nebenher“ noch einen Gnadenhof zu haben?
- Was passiert, wenn man krank wird?
- Wie bekommt man es fertig, mit Leid und Tod umzugehen?

Und vieles andere mehr.

Beide waren klasse Interviewpartner. An dieser Stelle können wir das einstündige Gespräch (inklusive Musik) natürlich nicht wiedergeben. Wenn Sie aber mehr über diese großartigen Menschen wissen wollen, dann besuchen Sie sie doch auf ihrer Internetseite:

[www.tierschutz-grenzenlos.de](http://www.tierschutz-grenzenlos.de).

Auch unsere beiden nächsten Gäste am 30.04.2012 zum Thema „**Tauben in der Stadt**“ waren super: Silvie Brucklacher-Gunzenhäußer und ihr Mann Rüdiger Gunzenhäuser. Beide sind aktiv beim *Tierschutzverein Stuttgart*, der dieses Jahr sein 175-jähriges Jubiläum feiert und der älteste Tierschutzverein Deutschlands ist. Silvie ist dort die Tauben(schutz)-

beauftragte und kümmert sich in dieser Funktion um ein friedliches Miteinander von Tauben und Menschen.



Silvie Brucklacher-Gunzenhäuser

Foto: Beate Häberle

Durch Umsetzung des sogenannten Taubenschutzkonzeptes wird versucht, die Tauben gesund zu halten

und geburtenregelnd auf die Population der Stadttauben einzuwirken. Damit soll endlich mit der Mär der gesundheitsgefährdenden Tauben aufgeräumt und erreicht werden, dass Tauben nicht immer wieder Opfer abscheulicher Vergiftungsaktionen werden. Dieses Konzept wurde u.a. von unserem Bundesverband *Menschen für Tierrechte* entwickelt und von solch engagierten Menschen wie Silvie und Rüdiger zwischenzeitlich in vielen Städten Deutschlands mit Erfolg umgesetzt.

Im nachstehenden Bericht stellt Silvie Brucklacher ihre Arbeit kurz vor. Wer Näheres wissen möchte, kann sich unter folgender E-Mail-Adresse direkt an sie wenden:

[silvie@brucklacher.com](mailto:silvie@brucklacher.com),  
Tel. 0711/76 760 74.

Ausführliche Informationen zu Stadttauben sind bei unserem Bundesverband abzurufen unter:

[www.stadttauben.de](http://www.stadttauben.de)

Falls jemand Interesse an der ganzen Sendung hat, kann er sich an die Schwäbisch Haller Aktionsgruppe oder an unsere Geschäftsstelle wenden.

Abschließend nochmals ganz lieben Dank an Susanne Pfeuffer und Martin Weid sowie an Silvie Brucklacher-Gunzenhäuser und Rüdiger Gunzenhäuser, dass sie sich Zeit genommen und mit uns in Schwäbisch Hall die Sendungen gestaltet haben. Wir haben durch sie nicht nur viele neue Erkenntnisse gewonnen, sondern auch unser Interesse und unsere Freude an Radiointerviews entdeckt.

Die Sendungen werden von *Radio Flora*, Hannovers web-radio, jeden zweiten Mittwoch im Monat jeweils von 17-18 Uhr übernommen, Wiederholungen am vierten Mittwoch und am darauf folgenden Freitag jeweils von 10-11 Uhr.

## Taubenprojekt in Stuttgart

Silvie Brucklacher-Gunzenhäuser, *Taubenbeauftragte*,  
*Tierschutzverein Stuttgart u.U.*

Tauben werden von der Bevölkerung als lästig empfunden, teilweise gehasst und mit vielen grausamen Aktionen vertrieben oder getötet. Dieses können wir Tierschützer nicht zulassen. Die bisherigen Maßnahmen, die Überbevölkerung der Tauben in Stuttgart zu regulieren, schlugen fehl. Deshalb mussten neue Lösungen gefunden werden. Wir informierten uns über die aktuellen Erkenntnisse der *BAG-Stadttauben* des Bundesverbandes *Menschen für Tierrechte* und übernahmen deren Konzept, das damals schon in 50 Städten betreute Taubenschläge aktiviert hatte.

Seit November 2007 arbeite ich ehrenamtlich als Taubenbeauftragte des *Tierschutzvereins Stuttgart*. Meine erste Aufgabe war, mit dem Gemeinderat Kontakt aufzunehmen und mit ihm gemeinsam das Problem der Tauben in Stuttgart zum Thema zu machen. Die Verhandlungen im Sommer 2008 mit dem Stadtrat, dem Amt für öffentliche Ordnung, der *Caritas* und dem Tierschutzverein waren erfolgreich, um Taubenschläge zu ermöglichen. Die *Caritas* will sich um die Ausbildung von Taubenwarten kümmern, die als Ein-Euro-Kräfte in Taubenschlägen und -türmen nach dem Rechten sehen.

- Im **Hauptbahnhof Stuttgart** entstand im September 2008 beim Gleis 1 der erste Taubenschlag, gestiftet von einer großzügigen Tierfreundin. Angehende Handwerker der neuen Jugendschreinerei der *Caritas* bauten fächer-

artige Nestplätze in einen älteren Holzschlag ein. Betreut wird dieser vom Tierschutzverein: Futter, Wasser, Reinigung und Austauschen von Eiern im Nest gegen Kunststoffeier.

- Die **Leonhardsgemeinde** stellte im Kirchendach Platz für einen zweiten Taubenschlag zur Verfügung, der im November 2009 eingeweiht wurde.



Taubenschlag in der *Leonhardskirche*

Foto: Silvie Brucklacher-Gunzenhäuser

- Der dritte Taubenschlag entstand im Mai 2010 im **Parkhaus Mühlgrün** in Cannstatt.

- Der vierte Taubenschlag wurde im Juli 2010 im Max-Kade-Weg im **Stuttgarter Stadtgarten** eingerichtet.

- Im Dach der **Leonhardskirche** konnte im November

2011 ein zweiter Taubenschlag eingeweiht werden.

- Der sechste Taubenschlag steht seit Oktober 2011 auf dem Dach der **Rathausgarage**.

Diese Erfolge waren vor allem durch ehrenamtliche Paten, die Zusammenarbeit mit der *Caritas* und Tierschützerinnen des *Tierschutzvereins Stuttgart* möglich. Unsere Taubenorganisation ist gegliedert in je einen ehrenamtlichen Taubenpaten pro Schlag und mehrere bezahlte Taubenwarte für die derzeit bestehenden sechs Taubenschläge.

Als Taubenbeauftragte bin ich für alle Fragen der Organisation, für Abwicklung und Weiterentwicklung des Konzepts sowie den Zustand und die Versorgung der Schläge zuständig. Ich muss mich aber auch um die Taubenwarte und Paten kümmern, praktische Einsätze und Organisation bei kranken oder toten Tieren leisten, wobei ich von weiteren Tierschützerinnen unterstützt werde. Hinzu kommen Tierarztbesuche, regelmäßige Treffen mit Einzelnen und der Gruppe. Die Taubenschläge müssen kontrolliert werden, insbesondere bei schwierigen Standorten. Das Ganze wird mit dem *Amt für öffentliche Ordnung (AföO)* abgesprochen.

Mich erreichen aber auch Anrufe von Bürgern über Notfälle: im Netz verfangene Tauben, verschnürte Füße, verletzte oder sterbende Tiere. Menschen fühlen sich von Tauben oder Taubennestern auf Balkonen belästigt, Geschäfte wollen sofort die hungrigen, bettelnden Tiere loswerden. Tierfreunde dagegen beklagen sich über teil-

weise katastrophale Zustände der Situation der Tauben und fragen mich: „Was tut die Stadt?“ Wiederum andere wollen Aufklärung usw. Tauben verfangen sich in Netzen in Tiefgaragen, an Hausfassaden und Brücken, liegen angefahren und verletzt auf der Straße.

Dies ist ein großer Teil meiner telefonischen, organisatorischen und praktischen Einsätze.

Leider gibt es auch immer wieder Vandalismus gegen Taubeneinrichtungen und Tiere. Abgerissene Köpfe, Infotafeln abgerissen und verschwunden, Futterkisten verschleppt, mit Blasrohr direkt gegen Tauben am Schlag des *Max-Kade-Wegs* geschossen ...

Der Kontakt zu Stadträten und Bezirksbeiräten, zur Presse und *BAG-Stadttauben* in verschiedenen Städten ist sehr hilfreich und hat unser Stuttgarter Projekt hilfreich vorangebracht. Darauf möchte ich nicht mehr verzichten. Danke an Alle!

Handlungsbedarf gibt es bei der Standortsuche für neue Plätze. Eine gute Zusammenarbeit von Tierschutz und *AföO* ist unerlässlich, um erfolgreich weiterzukommen.

Die praktischen Erfahrungen der *Caritas* und des Tierschutzvereins befähigen uns zu professionellen Beurteilungen in der Standortfrage und im Umgang mit den Tieren. Die Mitarbeiter der *Caritas* sind eng mit dem Projekt verbunden und stellen einen wichtigen Anteil beim Taubenprojekt.

**Gerne nehmen wir weitere Taubenpaten in unsere Gemeinschaft auf.**

## Lob und Dank der Feuerwehr

*Inge-Gisela Krauss, Dipl.-Biologin  
Projektleiterin Tauben unseres Vereins*

Wie oft mag es geschehen, dass jemand verzweifelt vor einem Taubenabwehrnetz steht und darin einen Vogel zappeln sieht. Vielleicht ist es Feierabend oder Sonntag und niemand der Verantwortlichen erreichbar. Was tun?

Rufen Sie gestrost die Feuerwehr an (112), sie kommt für den Tierfreund kostenlos. Bisher wurde ich nie enttäuscht, und ich habe sie schon oft bitten müssen.

Die letzten zwei Einsätze veranlasste ich am Sonntag vor Pfingsten. Am Abend davor rief mich eine Tierfreundin an und erzählte, in der Altstadt von Stuttgart lägen innerhalb einer vernetzten Dachterrasse zwei tote Tauben. Vor Ort stellte sich heraus, dass dort oben auch noch ein Tier verzweifelt hin und her flog. Mieter und Hausbesitzer waren nicht

erreichbar. Trotzdem entschied ich, mir die Örtlichkeit noch einmal bei Tageslicht anzuschauen. Vielleicht findet die Eingeschlossene am nächsten Morgen selbst heraus.

In der Morgenfrühe um 5:30 Uhr wieder ein Anruf: Ich solle sofort kommen, die Taube bräuchte unbedingt Hilfe. Das war auch so, und ich bat die Feuerwehr um einen Einsatz. Die Taube wurde befreit und sechs tote Tauben dort eingesammelt. Ein Fall für weitere Nachforschungen.

Noch einmal musste ich an diesem Sonntagmorgen eine „Tierrettung“, so heißt das offiziell, veranlassen: Hoch oben in der vernetzten Fassade des ehemaligen Kaufhauses *Hertie* in der Eberhardstraße in Stuttgart hing eine rote Taube. Am Tag zuvor war sie noch nicht dort, also bestand die Chance, dass sie noch lebte. Sie war hoffnungslos im Netz verwickelt, beide Flügel durch die Maschen nach außen gesteckt, der

Leib aber war innerhalb. Erschöpft bewegte sie sich nicht mehr. Doch dann, als die Feuerwehrmänner sie von unten musterten, machte sie mit letzter Kraft einen Befreiungsversuch.

Es waren die gleichen Feuerwehrleute wie vor zweieinhalb Stunden, die die Taube herausschnitten und fliegen ließen.

Liebe Feuerwehr, Ihr habt einen wunderschönen Beruf, die Rettung von Mensch und Tier, und könnt wirklich helfen. Ihr seid uns eine große Hilfe bei unserer Tierschutzarbeit. Herzlichen Dank!

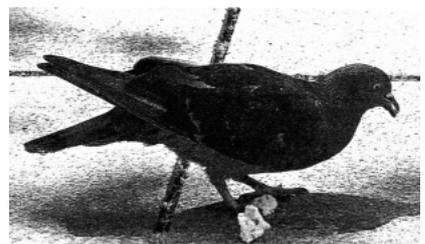


Foto: W. Livaditis

# Oster-Aktion des Vereins *Menschen für Tierrechte.* *Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.*

Unsere Pressemitteilung vom 22.03.2012

**Motto: Ostern, Fest der Auferstehung  
und des Lebens – auch für Tiere?**  
**Schwerpunktthema: Schweine sind anders**

**Ort:** Stuttgart, Schloßplatz  
**Datum:** Samstag, 24.03.2012  
**Zeit:** 11-18 Uhr Infostände

Das Osterfest wird im Gedenken an die Auferstehung Jesu Christi als Sinnbild für die Überwindung des Todes gefeiert und üblicherweise mit einem festtäglichen Essen begangen. Der Verein *Menschen für Tierrechte. Tierversuchsgegner Baden-Württemberg* erinnert mit seiner Veranstaltung daran, dass Ostern – wie auch die anderen christlichen Feiertage – für unzählige Tiere keine Feste des Lebens, sondern Feste des Todes sind. Kaum jemand denkt daran, dass der Braten auf dem Teller einst ein lebendiges Wesen war, das, wie wir Menschen, am Leben hing. Schon vor 2000 Jahren kritisierte der griechische Philosoph Plutarch: „Für einen Bissen Fleisch nehmen wir einem Tier die Sonne und das Licht und das bisschen Leben und die Zeit, an dem sich zu erfreuen seine Bestimmung war.“

Erstaunliches über Schweine: Sie gelten als Sinnbild für Unreinlichkeit und moralische Verworfenheit, obwohl sie sauber, gesellig, sensibel und intelligent sind.

Schweine haben ein erstaunlich feinfühliges Gespür für ihre Artgenossen und wissen genau, wie sie sich verständlich machen können. Sofern man sie lässt, pflegen sie komplexe Familienbeziehungen und kommunizieren permanent miteinander. Sie sind extrem neugierig und mindestens so klug wie dreijährige Kinder. Schweine sind wesentlich schlauer als Hunde und ebenso freundlich, loyal und anhänglich. Sie träumen, hören gerne Musik, lieben es in der Sonne zu relaxen oder ein Schlammbad zu nehmen und sind ganz versessen darauf, gestreichelt und massiert zu werden. Sie kümmern sich fürsorglich um ihre Artgenossen, obwohl sie zuweilen auch zänkisch und hinterlistig sein können.

Ein Forschungsteam um den Biologen Donald Bream an der *University of Cambridge* fand heraus, dass Schweine das Prinzip des Spiegels verstehen. Sie erkennen sich selbst und ihre Umgebung darin wieder und können dieses Wissen sogar umsetzen, um beispielsweise einen Futternapf zu finden, der nur im Spiegel zu sehen ist.

Prof. Stanley Curtis von der *Penn State University*

hält die Borstentiere sogar zu abstraktem Denken fähig. So sind sie beispielsweise in der Lage, sich Icons zu merken und mit Hilfe von Joysticks einfache Videospiele zu spielen, wobei ihre Leistungen häufig die von Primaten übertreffen.

Wie der Wiener Professor Johannes Baumgartner zeigte, tricksen Schweine bewusst Artgenossen aus, indem sie etwa die Fresskonkurrenz scheinheilig zur mageren Futterstelle führen, um sich dann selber eilig über den üppig gehäuften Trog ein paar Gänge weiter herzumachen. Ausgetrickste Artgenossen wiederum lernen ihr Verhalten zu ändern, um weniger häufig betrogen zu werden.

Baumgartner identifizierte mehr als 20 verschiedene Laute für verschiedene Situationen – vom Bellen als Ausdruck der Freude und des Glücks über Brummen bei Frustration bis hin zum Quicken bei Angst und Schmerz. Neugeborene Ferkel erkennen ihre Mutter an der Stimme, und diese wiederum „singen“ ihren Ferkeln beim Säugen vor. Die Parallelen zum menschlichen Gefühlsleben und Sozialverhalten sind erstaunlich: „Am meisten hat mich einmal eine alte Sau beeindruckt, die 160 Ferkel lebend zur Welt gebracht hatte. Es war die Art, wie sie den jüngeren Sauen beibrachte, ein Nest aus Stroh zu bauen. Und wie sie ihnen als Hebamme half, sich auf die Geburt vorzubereiten und die Säugephase zu meistern. Souveränität ist dafür gar kein Ausdruck“, so Baumgartner.

Studien an der *Purdue University* (USA) über das Sozialverhalten von Schweinen zeigen, dass sie hungrig nach Zuneigung sind und zu Depressionen neigen, wenn sie isoliert und ohne Beschäftigungsmöglichkeiten gehalten werden.

Sie hängen wie wir am Leben und kennen Panik und Todesangst. Transport und Schlachthof sind für Schweine oft extrem belastend, denn sie sondern über den Schweiß Gerüche ab, die widerspiegeln, dass diese Belastung über die Grenze des Erträglichen hinaus geht, wie Baumgartner feststellte.

Damit stehen Schweine – was ihre kognitiven Fähigkeiten anbelangt – in einer Reihe mit Kleinkindern, Primaten, Elefanten, Delfinen sowie Graupapageien und einigen Rabenvögeln. Ihre Empfindungswelt unterscheidet sich kaum von der des Menschen.

Deshalb regt die Vereinsvorsitzende Ingeborg Livaditis an: „Wäre es nicht endlich an der Zeit, unseren Umgang mit ihnen gründlich zu überdenken? Jeder Einzelne könnte damit anfangen, statt des Bratens ein festliches vegetarisches (oder noch besser veganes) Ostermenü auf den Tisch zu bringen.“

**„Schweine sind anders ...“ heißt unser neues Flugblatt, basierend auf dieser Pressemitteilung. Es ist bestens für den Schulunterricht geeignet. Ein weiteres Flugblatt erstellen wir zu Hummern und Krebstieren.**



- 2. Reihe rechts: Geli Burkhart
- 3. Reihe links: Xenia und Jason Hoffmann
- 4. Reihe von rechts: Andrei Barbulescu, Dagmar Oest, Ingeborg Livaditis

- 2. Reihe von rechts: Sarah Feesenmayr, Evi Gatz, Alex Lunkenheimer, Dagmar Oest
  - 3. Reihe rechts: Coryn Weber-Castoldi
  - 4. Reihe von rechts: Ingrid Schneider, Dagmar Oest, Ingrid Böll
- Fotos: W. Livaditis*

## Die grün-rote Landesregierung hält Wahlversprechen: Heute Amtsantritt der Landestierschutzbeauftragten und ihres Teams

Unsere Pressemitteilung vom 02.04.2012

**Der Landesverband *Menschen für Tierrechte. Tierversuchsgegner Baden-Württemberg* zeigt sich erfreut darüber, dass die grün-rote Landesregierung ihr Vorhaben, das Amt eines Landestierschutzbeauftragten einzurichten, verwirklicht.**

„Tierschutzverbände fordern seit langem die Einführung eines unabhängigen Landestierschutzbeauftragten, wie dies beispielsweise in Hessen bereits der Fall ist“, kommentiert Ingeborg Livaditis, Vorsitzende der *Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg*. „Die Landesregierung setzt damit ihr Wahlversprechen um.“

Besetzt ist das Amt des Tierschutzbeauftragten ab dem 2. April 2012 mit der früheren Amtstierärztin Dr. Cornelia Jäger unter Mitarbeit des bisher als Richter am Amtsgericht Bad Säckingen tätigen Juristen Dr. Christoph Maisack. Aufgabe des neuen Teams ist unter anderem, beratende Funktion in Tierschutzfragen wahrzunehmen und als Ansprechpartner für Tierschutzorganisationen und Einrichtungen, die sich mit dem Tierschutz und der Tierhaltung beschäftigen, zu fungieren.

Jäger hatte von 2007 bis 2009 am Regierungspräsi-

dium Tübingen insbesondere die Geschäftsführung der Tierversuchskommission wahrgenommen und leitete anschließend im Thüringer *Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit* das Referat Tierarzneimittel, Tierschutz und Berufsrecht. Maisack ist renommierter Experte für Tierrecht, unter anderem Mitverfasser des Kommentars zum Tierschutzgesetz, und ist bei Tierrechts- und Tierschutzverbänden hoch anerkannt. Der Landesverband *Menschen für Tierrechte* sieht in der Besetzung des Amtes eine für diese Position wichtige Ergänzung von tierärztlichem und juristischem Sachverstand und hofft, dass damit der Stellenwert des Tierschutzes auf politischer Ebene eine Stärkung erfährt und neue, zukunftsweisende Impulse für den Tierschutz gegeben werden. Für den Tierschutz besonders wichtig ist die gewährte Eigenständigkeit der Landesbeauftragten für Tierschutz und dem ausschließlich ihr zugeordneten Arbeitsstab, um ihre Unabhängigkeit sicherzustellen.

„Unser Verein wünscht sich von Frau Dr. Jäger und Herrn Dr. Maisack, dem Unrecht, das Tieren in vielen Bereichen wie der Massentierhaltung oder in Tierversuchen angetan wird, entgegenzuwirken. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit und wünschen dem Team viel Erfolg“, so Livaditis abschließend.

## Infostand in Stuttgart, Königstraße, 14.04.2012

Unterschriftensammlung zur Abschaffung von Tierversuchen und insbesondere von Affenversuchen, zu Hummer und Krustentieren, zur Katzenschutzverordnung, zu Tiertransporten und zum Schutz von Streunertieren in der EU





Linke Seite:

1. Reihe von links: Xenia Hoffmann, Ingeborg Livaditis
  2. Reihe rechts: Carmen Hoffmann-Priestl
- Leider erwischte uns ein längerer Regenschauer



1. Reihe rechts: Geli Burkhart
2. Reihe von rechts: Ingrid Schneider, Evi Gatz

Fotos: Wolfgang Livaditis

## **Internationaler Tag zur Abschaffung der Tierversuche am 24. April**

Unsere Pressemitteilung vom 21.04.2012

**Anlässlich des diesjährigen Internationalen Tags zur Abschaffung der Tierversuche fordert der Landesverband Menschen für Tierrechte die baden-württembergische Wissenschafts- und Forschungsministerin Theresia Bauer auf, gemäß ihres Wahlprogramms endlich Maßnahmen zur Abschaffung von Tierversuchen zu ergreifen und insbesondere die Tübinger Affenhirnversuche zu beenden.**

Im Jahr 2010 wurden laut aktueller Statistik der Bundesregierung über 2,8 Millionen Tiere in deutschen Labors zu Forschungs- und Testzwecken verwendet und getötet. Baden-Württemberg steht dabei mit rund 562.000 Tieren, das sind knapp 20 Prozent des gesamtdeutschen experimentellen Tierverbrauchs, an der Spitze aller Bundesländer. Dies ist nicht zuletzt auf die vielen hier ansässigen Forschungseinrichtungen der Pharmaindustrie und Medizintechnik zurückzuführen, die Tierversuche durchführen.

Umso dringender halten die *Menschen für Tierrechte* die Abkehr vom veralteten und unzuverlässigen System Tierversuch für geboten. Von der Politik fordern sie wirkungsvolle Fördermaßnahmen für die Entwicklung und Durchsetzung tierfreier Forschungs- und Testverfahren. „Trotz der Wahlversprechen von Bündnis 90/Die Grünen, die Zahl der Tierversuche in Baden-Württemberg zu verringern, sind entsprechende politische Maßnahmen bisher nicht erkennbar“, so die Vorsitzende des Landesverbands, Ingeborg Livaditis. Besonders enttäuscht ist sie, dass die *Grünen* ihr Versprechen zur Landtagswahl 2011 nicht halten, Versuche an Primaten innerhalb eines festgelegten Zeitraums zu beenden. Darunter fallen die schwer belastenden Affenversuche in Tübingen. Dass die grüne Forschungsministerin Theresia Bauer nun doch an den Versuchen festhält, um die Wahl der Tübinger Universität zur Exzellenzuniversität nicht zu gefährden, stößt bei den Tierversuchskritikern auf größtes

Unverständnis. Offensichtlich sind sowohl das Leid der Versuchstiere als auch das Begehren von 60.000 Petenten, die Versuche zu beenden, ebenso wie die wissenschaftliche Fragwürdigkeit von Tierversuchen für die grüne Ministerin weniger relevant als das vermeintliche Renommee der Stadt Tübingen bzw. des Landes Baden-Württemberg.

Die *Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg* treten mit allem Nachdruck dafür ein, dass diese Tierversuche unverzüglich beendet werden. Denn eine wirklich effiziente und ethisch vertretbare medizinische Forschung ist nach Ansicht des Landesverbandes erst dann erreicht, wenn solchen fragwürdigen Forschungsprojekten ohne medizinische Relevanz der Riegel vorgeschoben und der Schwerpunkt auf menschenbezogene und tierfreie Forschungsmethoden gelegt wird. Davon würde sowohl der Ruf der Stadt Tübingen wie auch das Land Baden-Württemberg als innovativer Wissenschaftsstandort profitieren.

„Der Förderetat für Alternativmethoden zum Tierversuch wurde zwar durch die neue Landesregierung von 300.000 Euro auf 400.000 Euro jährlich erhöht. Dies ist jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein, gemessen an den Unsummen, die in die tierexperimentelle Forschung fließen“, so die Landesvorsitzende. Der Verband wünscht sich an den Hochschulen weitere Lehrstühle für Alternativmethoden wie an der *Universität Konstanz*, die übrigens Exzellenzuniversität ist.

Der *Internationale Tag zur Abschaffung der Tierversuche* wird jedes Jahr weltweit um den 24. April begangen und macht auf das Leid der Tiere in den Labors aufmerksam. Der Gedenk- und Aktionstag wird genutzt, um sich für eine ethische Forschung ohne Tierversuche auszusprechen. Er wurde erstmals 1979 begangen und geht auf den Geburtstag von Lord Hugh Dowding zurück, der sich im Britischen Oberhaus für den Tierschutz und die Abschaffung von Tierversuchen einsetzte.

Die diesjährige Demonstration der Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche e.V.* fand in Bremen statt. Über die Veranstaltung informierte ihre Pressemitteilung vom 29.04.2012.

## Internationaler Tag zur Abschaffung der Tierversuche 2.000 Menschen demonstrieren in Bremen gegen Tierversuche

Rund 2.000 Menschen schlossen sich am vergangenen Samstag, dem 28.04.2012, in Bremen der von der bundesweiten Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche* organisierten Großveranstaltung gegen Tierversuche an. Anlass war der *Internationale Tag zur Abschaffung der Tierversuche* und insbesondere die Forderung des Vereins nach einem Stopp der in Bremen noch immer praktizierten Hirnforschung an Affen.

Mit Fahnen, Transparenten und Trommeln taten die Tierversuchsgegner auf ihrem Demozug durch die Bremer Innenstadt ihre Forderung nach einem Stopp der ihrer Ansicht nach grausamen und wissenschaftlich unsinnigen Tierversuche kund. Auf dem Bremer Marktplatz wurde in Redebeiträgen und der Uraufführung des Films „Warum ich gegen Tierversuche bin“ aufgezeigt, welch fataler Irrweg es ist, Ergebnisse vom Tier auf den Menschen zu übertragen.

Allein im Jahr 2010 mussten in Deutschland fast drei Millionen Tiere in deutschen Labors für wissenschaftliche Zwecke leiden und sterben. „Tierversuche gaukeln eine Wirksamkeit vor, die es nicht gibt: So zeigten sich in der Vergangenheit mehr als 500 Substanzen in Tierversuchen als vielversprechend gegen Schlaganfall, beim Menschen jedoch bei keiner einzigen. Ein weiteres Beispiel ist die so genannte ‚Krebsmaus‘. Seit Jahrzehnten wird Krebs bei diesen Mäusen geheilt, aber beim Menschen gelingt es einfach nicht“, erläuterte Dr. med. Kristina Bee, niedergelassene Ärztin aus Münster und eine der kompetenten Rednerinnen bei der Kundgebung.

An rund 20 Infoständen von Tierrechts- und Tierversuchsgegner-Organisationen konnten sich die Teilnehmer und Passanten ausführlich über die Hintergründe der Tierversuche und anderer Tierrechtsthemen informieren und austauschen. Vegane Imbissstände boten schmackhafte Stärkung, und zwischen den Redebeiträgen sorgte Live-Musik verschiedener Künstler für Unterhaltung.

Der Ärzteverein kritisiert die in Bremen stattfindende Hirnforschung an Affen, da den Tieren immenses Leid aus reiner Neugier einzelner Forscher zugefügt wird und zudem bei kranken Menschen Hoffnung auf Heilung von Alzheimer oder Epilepsie geweckt wird, die mit Tierversuchen nicht erfüllt werden kann.

„Ich kenne wirklich keinen einzigen Affenversuch, der jemals einem epilepsiekranken Menschen geholfen hätte! Alles nur leere Versprechungen“, sagte der Bielefelder Epilepsieforscher Dr. Bernhard Rambeck, ein weiterer Redner der Kundgebung. „In Deutschland wird seit rund 30 Jahren Hirnforschung an Affen betrieben, Therapien für menschliche Erkrankungen resultieren daraus jedoch keine. Profiteure sind einzig die Experimentato-

ren, die wissen wollen, wie das Affenhirn funktioniert. Hierfür werden die Tiere stundenlang bewegungsunfähig fixiert, ihr Hirn wird aufgebohrt um Messelektroden einzuführen, und sie werden durch Flüssigkeitsentzug zur Mitarbeit gezwungen“.

Mit seiner Großveranstaltung rückte der Ärzteverein das hinter verschlossenen Türen stattfindende Leid der Tiere in den Labors in den Blick der Öffentlichkeit und appellierte an die Politik, modernen, tierversuchsfreien Forschungsmethoden den Vorrang zu geben, anstatt auf althergebrachten, wissenschaftlich unsinnigen Tierversuchen zu beharren.



Fotos: *Ärzte gegen Tierversuche e.V.*

## Aktion gegen Tübinger Affenversuche am 12.05.2012 vor dem Wissenschaftsministerium in Stuttgart

Silke Bitz, Dipl.-Biol., Fachreferentin

In *TIERSCHUTZ AKTUELL* hatten wir mehrfach über die grausamen Hirnversuche an Affen berichtet, die an drei Tübinger Instituten – dem *Max-Planck-Institut für biologische Kybernetik*, dem *Hertie-Institut* sowie dem *Institut für Zoologie* – noch immer durchgeführt werden.

Das *Bündnis Tübingen für Tiere*, unterstützt von der Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche*, rief zu einer Aktion am 12.05.2012 vor dem Wissenschaftsministerium auf dem Kronprinzplatz auf. Auch Aktive unseres Vereins nahmen an der Veranstaltung teil.

Hintergrund der Aktion war, dass entgegen der Ankündigungen von *Bündnis 90/Die Grünen* in Baden-Württemberg vor der Wahl, Affenversuche innerhalb eines festgesetz-

ten Zeitrahmens abzuschaffen, nun ein Ende dieser Forschung doch nicht in Sicht ist. Insbesondere Wissenschaftsministerin Theresia Bauer hält an der Primatenforschung fest. „Dabei handelt es sich um reine Grundlagenforschung ohne medizinische Relevanz“, stellte die Tierärztin Corinna Gericke in der Pressemitteilung vom 10.05.2012 fest.

Rund 25 Aktivisten verteilten Flugblätter und informierten die interessierten Passanten über das Schicksal, das die Tiere im Labor erleiden müssen. Eindrucksvoller Blickfang war unser Primatenstuhl, in dem ein als Affe verkleideter Tierrechtler das Leid der Tiere darstellte. Zudem wurden Filme mit Aufnahmen aus Tierversuchslabors vorgeführt, unter anderem *Tod im Labor* des Vereins *Ärzte gegen Tierversuche* sowie weitere Dokumentationen.

Nachdem sich die Universität Tübingen im Rahmen der Exzellenzinitiative im Juni 2012 erfolgreich durchgesetzt hat und für die nächsten fünf Jahre erhebliche Gelder von Bund und Land erhält, ist zu befürchten, dass die Primatenversuche, die nach Ansicht der Wissenschaftsministerin „exzellente“ Forschung darstellen, auf unbestimmte Zeit weitergeführt werden. Dabei wäre es dringend erforderlich, dass Baden-Württemberg sich den aus ethisch und wissenschaftlich motivierten Entscheidungen anderer Bundesländer wie München und Berlin anschließen und die Hirnforschung an Affen nicht mehr genehmigen würde. Doch dazu sind sicherlich noch weitere Protestaktionen erforderlich.

Weitere Informationen unter:  
[www.affenversuche.de/informationen](http://www.affenversuche.de/informationen)



1. Reihe rechts: Ingeborg Livaditis

Fotos: W. Livaditis

## Infostand in Stuttgart, Königstraße, 02.06.2012

Dieses Mal brauchten wir uns zu unserem Infostand glücklicherweise keine Sorgen um das Wetter zu machen. Manchmal allerdings müssen wir bis zuletzt auf gute Prognosen hoffen. Denn selbst bei einem leichten Nieselregen müssen wir unseren Stand und die Infotafeln mit einer Plastikplane abdecken, da sonst unser Material schnell aufweichen und unbrauchbar würde. Ein andauernder Schauer, wie er uns trotz positiver Vorhersage am 14. April überraschte, legt uns für lange Zeit lahm. Denn bei Regen bleiben keine Passanten stehen, um sich zu informieren oder an unseren Unterschriftenaktionen zu beteiligen. Ein weiteres Hindernis ist die auf morgens und abends beschränkte Einfahrerlaubnis auf die Königstraße. Gegebenenfalls müssten wir einige Stunden nutzlos im Regen ausharren.

Der Standort in der belebten Geschäftsstraße Nähe des Bahnhofs ist natürlich ideal, da viele Schaufensterbummler und Kaufinteressenten

auch von außerhalb vorbeikommen. Trotzdem ist es oftmals schwierig, das Interesse der Passanten für unsere Tierschutzarbeit zu wecken. Die meisten gehen vorbei, ohne auf unseren Stand zu achten. Deshalb haben wir neben unseren Bildtafeln meist einen Blickfang dabei, sei es die bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommene Katze, die in einem stereotaktischen Gerät einen Tierversuch in der Neurochirurgie darstellt, oder einen ebenfalls präparierten Fuchs in einer Falle. Besonders bei der Katze ergeben sich oft lange Diskussionen.

Trotzdem kann es manchmal lange dauern, bis sich jemand an unseren Stand „verirrt“. Und dann bleiben auf einmal viele Leute bei uns stehen und müssen sich sogar zum Unterschreiben der verschiedenen Unterschriftenlisten anstellen. Bei anhaltenden Gesprächen bitten wir die Interessierten auf die Seite, damit die anderen ungehindert unterschreiben können.

Für die vielen Tierschutzthemen reicht unser Infostand, der gemäß den Auflagen der Stadt nur ca. drei Quadratmeter betragen darf, nicht aus. Wir legen deshalb unsere Standard-Flugblätter und Unterschriftenlisten zu den Themen Tierversuche und tierfreie Methoden, Intensivtierhaltung und Vegetarismus/Veganismus aus, daneben je nach aktuellen Kampagnen weiteres Material. Diesmal sammelten wir zusätzlich Unterschriften gegen die Haltung von Mastkaninchen in kleinen Drahtkäfigen, gegen Langzeit-Tiertransporte, zum Verbot der Sodomie (neuerdings Zoophilie genannt), gegen Tierversuche für Kosmetikprodukte sowie gegen das Lebendkochen von Hummern und Krustentieren.

Da momentan eine bundesweite Kampagne zur Schließung aller Pelztierfarmen in Deutschland läuft, übersandten wir am 31.05.2012 an Bundesministerin Ilse Aigner die von uns hierzu gesammelten Unterschriften (über 2.600).



1. Reihe von rechts: Evi Gatz, Saskia Gabel  
2. Reihe rechts: Ingeborg Livaditis

1. Reihe von rechts: Silvia Günther, Coryn Weber-Castoldi

Fotos: Wolfgang Livaditis

## Leserbriefe unserer Aktiven

ZUM ARTIKEL „MÄUSEN GEHT'S AN DEN KRAGEN“ VOM 16. MAI

### *Natürliche Feinde der Wühlmaus fördern*

Ein Foto von erdrosselten – nein, gehenkten Wühlmäusen? Eine Schwanzprämie wie vor hundert Jahren? Ich rieb mir verwundert die Augen: Das muss ein Scherz sein. Aber nein, die Notzinger Gemeinderäte meinen es offenbar ernst, jedem Bürger gegen die Vorlage eines abgeschnittenen Mausschwanzes eine Prämie von 50 Cent zu bezahlen. Aber bestimmt, dachte ich, bekommen das nur Erwachsene. Bestimmt ist es nicht im Sinne der Gemeinde, dass auch Kinder und Jugendliche mit der Jagd auf Mäuse ihr Taschengeld aufbessern. Denn sicherlich wollen auch die Notzinger Gemeinderäte, dass Heranwachsende Achtung vor den Mitgeschöpfen entwickeln. Und sicherlich kennen auch sie das Tierschutzgesetz, in dem geschrieben steht, dass nur diejenigen Personen ein warmblütiges Wirbeltier ohne Betäubung töten dürfen, die über die dazu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen. Jedoch, kein Wort davon – stattdessen verständnisloses Kopfschütteln über die Bedenken von Tierschützern.

Aber bestimmt, dachte ich dann, hat die Gemeinde längst natürliche, giftfreie Maßnahmen ergriffen, um der „Mäuseplage“ Herr zu werden. Als da wären: „Schutz und Förderung der natürlichen Feinde“ der Wühlmäuse wie Katzen, Füchse, Wiesel, Marder, Iltis, Dachs, Greifvögel, Eulen, Krähen und sogar Graureiher; das Aufstellen von Sitzstangen für Greifvögel und Eulen; Schaffen von Einflugöffnungen in Scheunengiebeln für Schleiereulen; Aufstellen von Brutkästen für Turmfalken; Aufschichten von Steinhäufen mit großen Steinen in ungenutzten Ecken der Obstanlage als Unterschlupf für Wiesel, wie vom Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Nordrhein-Westfalen zu erfahren ist.

Doch halt: Fuchs und Co. haben ja die Jäger im Visier und schießen so viel sie vor die Flinte kriegen, zum Schutz der Bodenbrüter und des bedrohten Niederwilds versteht sich – und der Wühlmause ...

**MARIE-LUISE STREWE, LENNINGEN**

▲ *Der Teckbote*, 24.05.2012

ZU DEN ARTIKELN „NATURSCHÜTZER: WILD HAT GENUG NAHRUNG“ VOM 15. FEBRUAR UND „AUF DER ABSCHUSSLISTE“ VOM 21. FEBRUAR

### *Pille für Borstentiere*

Mit Wildfütterung und anschließender Bejagung der „herangezüchteten“ Tiere wird ein System am Laufen gehalten, das sich permanent selbst rechtfertigt, nach dem Grundsatz: viel Futter, viel Wild, ergo viele Abschüsse. Die rot-grüne Regierung täte gut daran, diesen Unsinn endlich abzuschaffen.

Wer jetzt zu verstärkter Hatz besonders auf die klugen Wildschweine aufruft, um die – zum größten Teil vom Menschen selbst verursachten – hohen Bestände wieder zu dezimieren, weiß nicht, wovon er spricht: nämlich von unvorstellbarer Tierquälerei. So kritisiert zum Beispiel die Tierärztliche Vereinigung Tierschutz, dass bei Drückjagden in Hessen nur etwa ein Drittel der Schüsse unmittelbar tödlich waren. Den anderen Tieren wurde dagegen entweder der Kiefer weggeschossen oder ein Bein zersplittert. Andere wurden durch Bauchschuss oder am Rückenmark schwer verletzt. In einem Sonderdruck der Zeitschrift „Unsere Jagd“ wird sogar eine tödliche Trefferquote von nur 25 bis 30 Prozent genannt. Das heißt: Zwei Drittel bis drei Viertel der gejagten Tiere erleiden durch Fehlschüsse unsägliche Schmerzen, verbluten, verdursten oder verhungern jämmerlich.

Ein sinnloses Gemetzel: Obwohl in Deutschland so viele Wildtiere, insbesondere Wildschweine, geschossen werden wie nie zuvor, steigt ihre Anzahl weiter, denn neben der Winterfütterung und gestiegenem Nahrungsangebot durch zunehmenden Maisanbau führt auch die starke Bejagung zu erhöhten Fortpflanzungsraten. Dass aus diesen Erkenntnissen bisher keine Konsequenzen gezogen und die Jagd abgeschafft wurde, ist bar jeder Vernunft. Eine unblutige und nachhaltigere Alternative zur Jagd wäre übrigens die „Pille für Wildschweine“, die vom Berliner Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung (IZW) entwickelt wurde. Aber die wollen die Jäger nicht. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt ...

**MARIE-LUISE STREWE, LENNINGEN**

*Der Teckbote*, 07.03.2012 ►

## **Landesbeirat für Tierschutz**

*Ingeborg Livaditis, Vorsitzende*

In der Sitzung des *Landesbeirats für Tierschutz* am 12.03.2012 standen wie immer viele Themen auf der Tagesordnung. Die wichtigsten Punkte und Ergebnisse:

Wie an der letzten Sitzung beschlossen, soll das Thema **Verlängerung der Schonzeit für Füchse**, die bislang nur vom 1. Mai bis 15. Juni während der Setzzeit gilt, im Rahmen der derzeitigen Novellierung des Jagdrechts für Baden-Württemberg diskutiert werden. Eine Anhörung zum Jagdrecht wird am 22.06.2012 im Landtag stattfinden.

Das Ministerium informierte zur **EU-Rechtsetzung**, dass die Europäische Kommission am 19.01.2012 ihre **Strategie für den Schutz und das Wohlergehen von Tieren bis zum Jahr 2015** vorgelegt hat und erläuterte die Hauptelemente. Die Mitteilung der EU-Kommission mit einer Zusammenfassung der Folgenabschätzung an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss finden Sie unter:

[http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/actionplan/docs/summary\\_impact\\_assessment\\_19012012\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/actionplan/docs/summary_impact_assessment_19012012_de.pdf).

Einen Auszug aus der Pressemitteilung der EU-Kommission veröffentlichen wir im Anschluss an diesen Bericht.

In der EU wird derzeit über das **Schächten** (betäubungsloses Schlachten) beraten. Eine der wesentlichen Fragen ist dabei die Kennzeichnung von so gewonnenem Fleisch. Damit soll verhindert werden, dass Verbraucher ungewollt Schächtfleisch angeboten bekommen. Der Landesbeirat fasste folgenden Beschluss: Das Ministerium wird gebeten, die Bundesregierung zu ersuchen, sich bei der Kommission dafür einzusetzen, dass Fleisch von geschächten Tieren und davon stammende Produkte für den Verbraucher kenntlich ge-

macht werden müssen.

Im Rahmen der EU-Rechtsetzung zur neuen Versuchstierrichtlinie ist eine Änderung des Tierschutzgesetzes erforderlich. Der Entwurf des Bundesministeriums war am 09.01.2012 vorgelegt worden, wobei die Länder kurzfristig Gelegenheit zu einer Stellungnahme bekamen. Die im Landesbeirat Baden-Württemberg vertretenen Organisationen wurden vom Ministerium dazu eingeladen, sich ebenfalls dazu zu äußern. Das *Bündnis Tierschutz* hatte daraufhin zu diesem **Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes** und zum **Entwurf einer Versuchstierverordnung** am 06.02.2012 eine gemeinsame Stellungnahme vorgelegt. In unserem letzten Heft haben wir darüber bereits unter der Überschrift *Umsetzung der EU-Tierversuchsrichtlinie* berichtet.

Die Gesetzesvorlage wird aus Sicht des Tierschutzes als völlig unzureichend bewertet, da sie sich im Wesentlichen nur auf die Umsetzung der EU-Richtlinie beschränkt. Die meisten Forderungen des Tierschutzes, die schon seit Jahren angemahnt werden, finden in dem Entwurf keinerlei Berücksichtigung. Bitte lesen Sie nähere Einzelheiten zur geplanten Änderung des Tierschutzgesetzes und dem Entwurf einer Tierschutz-Versuchstierrichtlinie in den Stellungnahmen hierzu auf den Seiten 18 und 19.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt befasste sich mit der Änderung des **Landesfischereigesetzes**. Über den Erörterungstermin mit Vertretern des Landwirtschaftsausschusses und Tierschutzverbänden, an dem unsere Fachreferentin Silke Bitz teilgenommen hatte, haben wir in Heft 1/2012 berichtet. Alle betroffenen Verbände, darunter auch die Tierschutzorganisationen, wurden gebeten, dem Ministerium Vorschläge für die bestehende Änderung des Fische-

reigesetzes bis 23.04.2012 zu unterbreiten.

Zum Thema **Tiertransport** berichtete das Ministerium über die Schwerpunktkontrollen in Baden-Württemberg, die in den Kalenderwochen 26-28 sowie 45-47 stattfanden.

Auch in diesem Jahr hat das *Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz* gemeinsam mit dem *Ministerium für Jugend, Kultus und Sport* wieder den Tierschutzwettbewerb *Schülerinnen und Schüler machen sich für Tiere stark* ausgeschrieben. Eine Bewertungskommission mit Vertretern der Mitglieder des Landesbeirats für Tierschutz wurde einberufen.

Ein Antrag ging ein zum **Antibiotika-Einsatz in der Masthühnerhaltung** und daraus resultierend zu **Förderungsprogrammen für tier- und naturgerechtere Haltungsvorfahren**. Bezug genommen wurde dabei auf mehrere Veröffentlichungen in den letzten Monaten über multiresistente Keime in der industriellen Tiermast. Über diese Studien vom *Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen*, vom *BUND* und der *Ludwig-Maximilians-Universität München* berichteten wir bereits in unserer letzten Ausgabe. Zur Diskussion stand unter anderem, inwieweit die Landesregierung die Agrarinvestitionsförderung in Richtung auf mehr Tierschutz und Umweltverträglichkeit umstrukturieren und mit welchen konkreten Maßnahmen dieses Ziel umgesetzt werden soll.

Beim tierschutzpolitischen Treffen mit dem Abgeordneten Reinhold Pix, MdL (Bündnis 90/Die Grünen) am 24.01.2012 wurde über einen Ortstermin beim *Schwaben Park* bezüglich dessen **Schimpansenhaltung** berichtet, an dem auch Tierschützer teilgenommen hatten. Wie Pix angekündigt hatte, schrieb er an Minister Bonde einen Abgeordneten-

brief, in dem er die Landesregierung darum bat, die aufgeführten Missstände prüfen und gegebenenfalls Maßnahmen zu deren Beseitigung anzuordnen.

Außerdem brachte er beim *Landesbeirat für Tierschutz* den Antrag ein, das Thema zu besprechen. Nach eingehender Diskussion unterstützt dieser das Anliegen.

Ministerialdirektor Wolfgang Reimer informierte über Tierschutz-Fördermaßnahmen der Landesregierung. Diese waren auch Thema seiner Pressemitteilung vom 23.03.2012 zu der Sitzung:

– Für die **Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum**

**Tierversuch** stehen für das Jahr 2012 insgesamt 400.000 Euro zur Verfügung.

– Außerdem werden die **Genehmigungsbehörden** für Tierversuche personell verstärkt.

– Die **Sanierung und der Bau von Tierheimen** im Land werden mit jährlich 500.000 Euro unterstützt. „Diese Mittel kommen direkt den Tierheimen zugute und tragen dazu bei, die Situation der Fund- und Abgabtiere im Land wesentlich zu verbessern. Die Landesregierung wird dieses Programm auch in den kommenden Jahren fortsetzen“, betonte der Ministerialdirektor. Das Land werde bis zu 100.000 Euro je Pro-

jekt beisteuern. Voraussetzung dafür sei, dass die Landkreise, Gemeinden oder deren Zusammenschlüsse ebenfalls Zuschüsse in gleicher Höhe leisten.

Nähere Informationen unter: [http://www.mlz.baden-wuerttemberg.de/mlr/allgemein/Zuwendungen\\_Tierheimen.pdf](http://www.mlz.baden-wuerttemberg.de/mlr/allgemein/Zuwendungen_Tierheimen.pdf)

Zur anstehenden **Novellierung des Landesfischereigesetzes** übersandten die im *Landesbeirat für Tierschutz* vertretenen Tierschutzverbände dem *Ministerium für ländlichen Raum und Verbraucherschutz* am 30.04.2012 eine gemeinsame Stellungnahme.

## Neues Papier zur Tierschutzstrategie: Europäische Kommission strebt qualitative Verbesserungen an

Der *EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik*, John Dalli, erläutert in seiner Pressemitteilung vom 19.01.2012: „Durch das Inkrafttreten der Rechtsvorschriften zu Legehennen wurde deutlich, dass in verschiedenen Mitgliedstaaten nach wie vor Probleme beim Tierschutz bestehen. Es sind bereits Anstrengungen im Gang, doch viele Fragen erfordern andere Lösungen, damit nachhaltigere Ergebnisse erzielt werden. Die neue Strategie ermöglicht die nötige Flexibilität und erlaubt es den Beteiligten, die erforderlichen Tierschutzstandards auf unterschiedlichem Wege zu erreichen. Die Optimierung der politischen Kohärenz und der Markttransparenz innerhalb eines umfassenden Rechtsrahmens für den Tierschutz wird die tatsächlichen oder wahrgenommenen Spannungen zwischen Tierschutzerfordernissen und wirtschaftlichen Anforderungen verringern. Tierschutzmaßnahmen müssen kostenwirksam sein.“

Die Strategie würde einen doppelten Ansatz verfolgen: einen Vor-

schlag für ein umfassendes Tierschutzrecht und eine Intensivierung der derzeitigen Maßnahmen. Das zweite Element bestehe in einer Intensivierung und Optimierung der derzeitigen Maßnahmen der Kommission durch Einzelaspekte, beispielsweise Einhaltung der rechtlichen Anforderungen seitens der Mitgliedstaaten, Stärkung der internationalen Zusammenarbeit in Tierschutzfragen, bessere Information der Verbraucher sowie Durchführung von Studien zu Bereichen, in denen anscheinend die größten Hindernisse für den Tierschutz liegen.

Eine Tierschutzstrategie sei erstmals im Jahr 2006 verabschiedet worden. Die neue Strategie stütze sich vor allem auf die Erfahrungen, die während der fünfjährigen Laufzeit des ersten Aktionsplans gemacht worden seien. Die Notwendigkeit würde mehr als deutlich, wenn man sich die Bedeutung von Tieren in unserem Alltag vor Augen führen würde.

Dazu wurden folgende **Tierzahlen** genannt: EU-weit werden in

landwirtschaftlichen Betrieben etwa 2 Milliarden Vögel (Hühner für die Fleischproduktion, Legehennen, Trutzhühner, Enten und Gänse) sowie 300 Millionen Säugetiere (Kühe, Schweine, Schafe usw.) gehalten. Die Zahl der Heimtiere in der EU ist ebenfalls recht hoch. Schätzungsweise etwa 100 Millionen Hunde und Katzen leben in der EU. Die **Finanzkraft** der Viehzucht ist entsprechend beträchtlich: Ihr jährlicher Wert in der EU wird auf ca. 150 Milliarden Euro geschätzt.

Die komplette Pressemitteilung können Sie abrufen unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleaseAction.do?reference=IP/12/28&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=en>

Die Probleme des Tierschutzes sind zwar erkannt und der Ansatz der EU-Kommission klingt erfolgversprechend. Nur mit der Umsetzung und der Festlegung von Detailvorschriften – auch in nationales Recht – hapert es ganz gewaltig.

## Tierschutzpolitisches Treffen mit Reinhold Pix, MdL

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Zur zweiten Gesprächsrunde in die-

sem Jahr konnte der *Grünen*-Politiker am 22.05.2012 ca. 50 Tierschutzinteressierte begrüßen. Zuerst stellten

sich die Teilnehmer unter Nennung ihrer Organisation oder ihres Schwerpunktthemas vor. Vertreten waren

Mitglieder der *Grünen Fraktion* und der *Grünen Landesarbeitsgemeinschaft (LAG)*, in etwa 25 Tierschützer aus verschiedenen Organisationen, darunter einige Aktive unseres Vereins, sowie Personen mit speziellen Tierschutzanliegen und Fragen zur Tierschutzpolitik.

Die neue **Landestierschutzbeauftragte** Dr. Cornelia Jäger nahm die Gelegenheit wahr, Tierschützer zu treffen und sich mit ihnen persönlich bekannt zu machen. Die Tierärztin informierte über ihre Position und vielfältigen Aufgabenbereiche, bei denen sie von ihrem Stellvertreter, dem Juristen Dr. Christoph Maisack, tatkräftig unterstützt würde. Sie betonte, wie wichtig es sei, dass sie unabhängig und nicht weisungsgebunden arbeiten könne.

Der Abgeordnete Reinhold Pix berichtete anschließend aus dem Landtag. Vor allem bezüglich der **Primatenversuche** in Tübingen würde noch immer heftig diskutiert und nach Lösungen gesucht werden. Allerdings seien die Möglichkeiten durch die EU- und Bundesgesetzgebung eng begrenzt, weshalb sich die *Grünen* im Bundesrat bei der Änderung des Tierschutzgesetzes für entsprechende Regelungen einsetzen würden. Pix gab bekannt, dass am 16.11.2012 eine Fraktionsanhörung „Alternativen zu Primatenversuchen“ stattfinden würde, an der namhafte Experten aus Tierschutz und Wissenschaft zu zentralen Fragestellungen, wie der Forschungsfreiheit und der Ethik, referieren werden. Die finanzielle Förderung von **Alternativmethoden zu Tierversuchen** soll verstärkt werden.

Außerdem wollen die *Grünen* soweit als möglich die landesrechtlichen Spielräume zugunsten eines effektiven Tierschutzes nutzen.

Derzeit ist eine **Novellierung des Landesjagdgesetzes** in Vorbereitung. Herr Pix gab bekannt, dass zum Auftakt am 22.06.2012 eine öffentliche Anhörung der Fraktionen *Grüne* und *SPD* im Landtag unter dem Titel „Zukunftsorientiertes Wildtiermanagement für Baden-Württemberg“ stattfinden werde. Die betroffenen Verbände erhielten Gelegenheit zur

Stellungnahme mit anschließender Diskussion. Eingeladen seien Vertreter der Jagdverbände, der Forst- und Waldwirtschaft, des Natur-, Arten- und Tierschutzes sowie Landwirte.

Als Referent für den Tierschutz nehme Dipl.-Biol. Torsten Schmidt vom *Bund gegen Missbrauch der Tiere* teil. Dieser erarbeitete auch im Namen der im *Landesbeirat für Tierschutz* vertretenen Tierschutzorganisationen eine Stellungnahme. Sie trägt den Titel „Zeit für einen Paradigmenwechsel – mehr Tierschutz bei der Jagd“.

*Bündnis 90/Die Grünen* wollen das Gesetz mehr an wildbiologischen Anforderungen und am Tierschutz ausrichten und ebenfalls ein Positionspapier vorlegen.

Erneutes Thema war die **Schimpansenhaltung im Schwabenpark** in Kaisersbach, über die wir bereits in unserer letzten Ausgabe kurz berichtet haben. Die Kritik richtet sich vor allem gegen die Haltungsbedingungen und die unwürdigen Präsentation der Schimpansen in einer Show. So müssen die dressierten Affen zur Belustigung des Publikums als Zerrbild des Menschen herhalten.

Wie an der Sitzung des *Landesbeirats für Tierschutz* erörtert, werden das *Ministerium für den Ländlichen Raum* und die Landestierschutzbeauftragte Dr. Jäger die Verhältnisse im Ferienpark prüfen. Die Betreiber wurden zudem aufgefordert, ein Zukunftskonzept vorzulegen, bei dem die Tierhaltung entsprechend den Vorgaben des derzeit in Überarbeitung befindlichen Säugetiergutachtens, den Zirkustierrichtlinien und des Naturschutzgesetzes beachtet werden sollen.

Zur Änderung des **Landesfischereigesetzes** hat Reinhold Pix ein Positionspapier eingebracht. Nachdem seit zehn Jahren der Tierschutz im Grundgesetz verankert sei, wäre es an der Zeit, Fischerei, Natur- und Tierschutz in Einklang zu bringen.

Der *Bund gegen den Missbrauch der Tiere* beklagte sich darüber, dass der **Import von Hunden**, beispielsweise aus Rumänien, auch von Tierschutzvereinen gewerblich angemeldet werden müsse und die Behör-

den das nicht als Tierschutzmaßnahme anerkennen würden. Diese Gleichsetzung mit professionellen Tierhändlern würde eine Diskriminierung der ehrenamtlichen Weitervermittlung von Tieren bedeuten, die vor allem steuerliche Probleme aufwerfen und eventuell sogar die Gemeinnützigkeit infrage stellen würde.

Das Landwirtschaftsministerium vertritt aber die Auffassung, dass die Rechtsprechung des *Europäischen Gerichtshofs (EuGH)* sowohl für den Handel als auch für die ehrenamtliche Tätigkeit der Vereine anzuwenden sei.

Vertreter von *SOKA RUN e.V.* stellten ihren Verein vor, der sich für eine Novellierung der Hundegesetze einsetzt. Insbesondere ging es dabei um die **Hunderassenlisten**, die von Tierschutzverbänden als eine ungerechtfertigte Einstufung bestimmter Rassen als gefährlich kritisiert wird. Der Verein fordert anstatt der Rassenlisten einen Sachkundenachweis für Tierhalter, welcher einen erheblichen Beitrag zur Gefahrenprävention leisten würde. Mit einem fundierten Wissen über Hundeverhalten würde die öffentliche Sicherheit steigen. Der Verein will zudem durch Aufklärung Vorurteile abbauen.

Sogenannte Listenhunde stammen oftmals aus illegalen Importen, oder es würden Welpen ohne Hinweis auf ihre Rasse verkauft. Wenn die Rasse im Nachhinein erkannt werde, sei der Besitzer oftmals nicht in der Lage, die Auflagen zu erfüllen, beispielsweise eine höhere Hundesteuer zu bezahlen. Die Tiere würden dann im Tierheim landen und seien kaum vermittelbar.

Dr. Glarita Martin von der *Ethologischen Gesellschaft* verwies darauf, dass das Positionspapier „Der Klimawandel und die Herausforderungen für die Nutztierhaltung von morgen in Deutschland“ im Auftrag der *DGfZ-Projektgruppe* (Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde) verfasst worden sei. Ziel einer **artgerechten Tierhaltung** müsse aber die Überwindung der Massentierhaltung sein sowie zumindest eine deutliche Reduzierung des Konsums tierischer Produkte.

## Das Elend der Legehennen geht weiter

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) hätte es in der Hand gehabt, das Leiden der Legehennen wenigstens nach einer Übergangszeit für den Bestandsschutz bis zum Jahr 2023 zu beenden. Aber sie zeigte sich uneinsichtig sowohl gegenüber den Argumenten der Tierschutzorganisationen als auch dem Bundesrat, die beide für kürzere Laufzeiten eintreten. Mitleidlos, der Eier-Lobby anscheinend hörig, die auf einer Laufzeit bis 2035 besteht, soll nach dem Willen Aigners die tierquälerische Käfighaltung bis zu diesem fernen Jahr erlaubt bleiben.

Dabei war der Ausstieg aus der Käfighaltung in greifbare Nähe gerückt. Nach der Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht, die Rheinland-Pfalz eingereicht hatte, wurde der Bundesregierung am 12.10.2010 auferlegt, bis 31.03.2012 die Haltungsvorgaben für Legehennen neu zu regeln.

Bereits im Jahr 2002 hatte die rot-grüne Bundesregierung das Ende der Käfighaltung von Legehennen beschlossen. Nach dem Regierungswechsel führte die Große Koalition auf Druck des CDU-/FDP-dominierten Bundesrats im Jahr 2006 die sogenannte Kleingruppenhaltung in strukturierten Käfigen ein, die jedoch viel zu klein sind, um selbst die allernotwendigsten Bedürfnisse der Hühner zu befriedigen.

Die Bundesregierung hatte zwar anerkannte Tierschutzorganisationen zur Stellungnahme aufgefordert, deren Kritik und begründeter Vorschlag, den Ausstieg bis zum Jahr 2016 oder spätestens 2018 vorzunehmen, hatte jedoch keinerlei Einfluss auf den Entscheidungsprozess Aigners. Der Verordnungsentwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums sieht eine 23-jährige Übergangsfrist bis zum Jahr 2035 für die Kleingruppenkäfige vor. Der Bundesrat lehnte al-

lerdings am 23.09.2011 diese Verlängerungsfrist der umstrittenen Kleingruppenhaltung ab. Erst durch die Empfehlungen des Bundesrats-Agrarausschusses fanden die Vorschläge der Tierschutzverbände eine teilweise Berücksichtigung. Die Ausschuss-Empfehlungen sahen unter anderem eine Übergangsfrist bis 2020 vor, die jedoch keine Mehrheit erreichte. Rheinland-Pfalz und Niedersachsen sollten deshalb einen Kompromissvorschlag ausarbeiten.

Es folgten Anträge der Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die eine umgehende Umsetzung des Kompromisses forderten. Als der Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz des Bundesrates am 23.03.2012 tagte, bestand zunächst Hoffnung, dass diesem Kompromissvorschlag zugestimmt würde, die Haltung in Kleingruppenkäfigen Ende 2023 und in Ausnahmefällen 2025 zu beenden. Das hätte immerhin eine Verkürzung um 10 bis 12 Jahre bedeutet. Bundesministerin Aigner beharrte jedoch auf dem von ihr vorgesehenen Ausstiegsjahr 2035. Und so verkündete das Bundeslandwirtschaftsministerium, dass der Beschluss der Länderkammer nicht umgesetzt wird, da es angeblich verfassungsrechtliche Bedenken wegen des Bestandsschutzes geben würde. Diese sind jedoch nicht nachvollziehbar.

Nachdem sich die Bundesregierung weigerte, den Bundesrats-Kompromiss für das Aus der Kleingruppenkäfige Ende 2023 umzusetzen, und die Frist 31.03.2012 des Bundesverfassungsgerichts zur Neuregelung der Hennenhaltung verstreichen ließ, fehlt eine bundeseinheitliche Rechtsgrundlage. Damit wird es nun jedem Bundesland überlassen, wie lange Kleingruppenkäfige fortbestehen dürfen. Es herrscht das totale Chaos!

Fazit: Eventuelle uneinheitliche Regelungen können zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Jedes Bundes-

land, das eine frühere Frist für das Ende der Käfighaltung setzt, riskiert aufgrund der unklaren Rechtslage die umgehende Klage der Käfighalter. Welches Bundesland will sich dem aussetzen?

Die Leidtragenden sind wieder einmal die Tiere, die den Wirtschaftsinteressen der Geflügelzüchter und einem Großteil der Politik untergeordnet werden. Vielleicht wurde aber auch die Rechnung ohne den Wirt, sprich Verbraucher, gemacht! Denn dieser kauft nach massiver Aufklärung durch Tierschutzorganisationen und Medienberichten über die tierquälerische Haltungsform fast keine Käfigeier mehr. Selbst die „versteckten“ Eier in Fertigprodukten, für die es leider noch immer keine Kennzeichnungspflicht gibt, stammen nach einer großen, an Lebensmittelhersteller und -konzerne gerichteten Kampagne von Tierschutzverbänden zunehmend aus Bodenhaltung.

Und so könnte sich der Einfluss der Eierlobby auf eine Laufzeitverlängerung als Bumerang für diejenigen erweisen, die auf eine billige, aber tierquälerische Haltungsform gesetzt haben. Das Aus für die Käfighaltung kommt vielleicht lange vor Ablauf der vom Landwirtschaftsministerium festgesetzten Übergangszeit.

Derzeit allerdings werden den Hennen in der sogenannten Kleingruppenhaltung in ausgestalteten Käfigen nur 800 Quadratcentimeter Platz pro Tier zugestanden, also rund eineinhalb DIN-A4-Seiten (in den früheren und nun in der EU verbotenen Käfigen waren es sogar nur 600 Quadratcentimeter). Bis zu 60 Hennen müssen sich einen Käfig teilen, der mit einer Sitzstange, einem Bereich zur Ei-Ablage und zum Scharren ausgestattet ist. Da der zur Verfügung stehende Platz jedoch viel zu klein ist, wird auch diese Haltungsform den Bedürfnissen der Hennen in keinsten Weise gerecht.

# Kaninchenhaltung: Verordnungsentwurf mangelhaft

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Die langanhaltenden Forderungen der Tierschutzverbände führten endlich dazu, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium Ende März 2012 im Rahmen der *Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung* einen Entwurf zur Regelung der Haltungsbedingungen für gewerbsmäßige Kaninchenzucht vorlegte. Bislang gelten hierfür nur die allgemeinen Grundsätze des Tierschutzgesetzes ohne jegliche Konkretisierung der Haltungsanforderungen. Die fehlenden Vorschriften führen für ca. 20 bis 30 Millionen sogenannter Mastkaninchen zu katastrophalen Bedingungen.

In kommerziellen Betrieben werden Kaninchen in engen, niedrigen Käfigen gehalten, bei denen sie sich nicht einmal aufrichten, geschweige denn hoppeln oder Haken schlagen können – Grundbedürfnisse für Kaninchen. Die Käfige bestehen aus Metall- oder Kunststoffrosten, auch der Boden. Dadurch treten Verletzungen der Pfoten auf, durch den Bewegungsmangel kommt es bei vielen Kaninchen zur Verkrümmung der Wirbelsäule; außerdem leiden sie unter Verhaltensstörungen wie Kannibalismus und Selbstverstümmelung.



Fotos: Jan Peifer - [www.tierschutzbilder.de](http://www.tierschutzbilder.de)

Private Kaninchenzüchter halten die Kaninchen meist traditionell in Holzställen oder -käfigen, aber auch hier fehlt den Tieren meist eine ausreichende Bewegungsmöglichkeit sowie Gelegenheit zum Rückzug oder zum Graben.



Ausgestaltete zweitürige Käfige mit Durchgang  
Foto: W. Livaditis

Die Leitlinien der deutschen Gruppe der *World Rabbit Science Association* sehen zwar für Kaninchen bis vier Kilogramm Gewicht eine Käfigfläche von etwa 40 x 60 cm vor, wobei die Käfighöhe ebenfalls nur 40 bis 60 cm betragen soll. Die Empfehlungen sind jedoch unverbindlich, und der ausgeprägte Bewegungsdrang der Kaninchen kann auch hier nicht ausgelebt werden, ein arteigenes Verhalten ist kaum möglich.

Als im Herbst 2008 die miserable Käfighaltung von Kaninchen an die Öffentlichkeit gelangte, startete das *Deutsche Tierschutzbüro* die Initiative „Kaninchenmast, nein danke!“ mit fantasievollen Aktionen in den folgenden Jahren. Dieser Kampagne schlossen sich bald ca. 40 Organisationen an, darunter unser Verein. An Infoständen sammeln wir seitdem Unterschriften für eine gesetzliche Haltungsverordnung für Kaninchen und beteiligen uns an Postkartenaktionen an Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner.

Nachdem auch der Bundesrat die Regierung schon im März 2009 auf Antrag von Baden-Württemberg und Niedersachsen aufgefordert hatte, die Haltungsvorgaben für Mast- und Wollkaninchen rechtsverbindlich zu regeln, legte die Regierung Ende

März 2012 endlich einen Verordnungsentwurf vor. Dieser fällt leider weit hinter die Forderungen der Tierschutzverbände zurück, die zur Stellungnahme aufgefordert wurden. Besonders bedauerlich ist, dass ein Verbot der Käfighaltung, eine Zentralforderung des Tierschutzes, nicht vorgesehen ist. Ähnlich wie bei den Hennen sollen die Kaninchen weiterhin in Käfigen gehalten werden dürfen, die nur wenig größer sind als die alten: 1,5 bis maximal 2,5 DIN-A4-Seiten. Das ist alles andere als tiergerecht. Zudem können mit den definierten

Vorgaben die oben beschriebenen Grundbedürfnisse der Tiere nicht ausgelebt werden.

Positiv zu bewerten ist, dass wenigstens die herkömmlichen Drahtgitterböden nicht mehr zulässig sein sollen. Begrüßenswert ist ferner, dass für alle Kaninchen Gruppenhaltung vorgesehen ist.

Die Verordnung soll noch dieses Jahr mit einer Übergangsfrist bei bestehenden Haltungsformen von einem bis zu acht Jahren in Kraft treten. Bis dahin müssen wir unsere Proteste weiterführen, um noch eine Verbesserung zu erreichen.

Die ausführliche Stellungnahme unseres Bundesverbandes sowie weiteres Infomaterial unter:

<http://www.tierrechte.de/themen/landwirtschaftliche-intensivtierhaltung/kaninchen>

Link zur Kaninchen-Kampagne:

<http://www.kaninchenmast.info/wp/#>

Eine Videodokumentation über die Kaninchenmast können Sie als DVD über den Onlineshop des *Deutschen Tierschutzbüros* bestellen unter: [www.tierschutz-videos.de](http://www.tierschutz-videos.de)

# Tierschutzverbände präsentieren der Bundesregierung Rechtsgutachten

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir über den Entwurf des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) zur Änderung des Tierschutzgesetzes, der primär der Umsetzung der EU-Richtlinie 2010/63 zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere in nationales Recht dienen soll. Aus Sicht des Tierschutzes ist dieser Entwurf jedoch sehr mangelhaft, zumal die Bundesregierung den Spielraum für mehr Tierschutz bei der Umsetzung der Versuchstierrichtlinie nicht ausnutzt.

Um über zentrale Fragen rechtswissenschaftlich fundierte Klarheit zu haben und um ihren Forderungen mehr Gewicht zu verleihen, haben sich sechs Tierschutzorganisationen\* zusammengeschlossen und bei der anerkannten Hochschullehrerin Prof. Dr. jur. Anne Peters, LL.M., Ordinaria für Völker- und Staatsrecht an der Universität Basel, ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben.

Dieses weist auf massiven Handlungsbedarf der Bundesregierung hin, da einige der vorgesehenen Vorschriften nach den EU-Vorgaben richtlinienwidrig sind und deshalb dringend geändert werden müssen. Zur Verwirklichung des verfassungsrechtlichen Staatsziels Tierschutz in Art. 20a Grundgesetz sind bei einigen Vorschriften ebenfalls Änderungen erforderlich. Das Ergebnis des Gutachtens belegt die Forderungen der Verbände insbesondere in fol-

genden Punkten:

1. Einhaltung einer absoluten Schmerz-Leidensgrenze
2. Absolute Verbote für Versuche an Menschenaffen
3. Keine Ausnahmeregelungen für Affenversuche
4. Uneingeschränktes Prüfrecht der Tierversuchsanträge durch die Behörden

Anlässlich der Kabinettsitzung am 23.05.2012, in welcher unter anderem der Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes auf der Tagesordnung stand, wandten sich die Tierschutzverbände unter Vorlage des umfangreichen Gutachtens mit einem gemeinsamen Brief an Bundeskanzlerin Merkel sowie an Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner, Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger und Bundesforschungsministerin Schavan. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen in vollem Umfang zugunsten des Tierschutzes auszuschöpfen.

Die Organisationen weisen unter anderem darauf hin, dass Deutschland entgegen den Vorgaben der EU-Richtlinie Tierversuche nicht konsequent verbietet, wenn diese starke Schmerzen, schwere Leiden oder schwere Ängste verursachen, die voraussichtlich lang anhalten. Die halbherzige Umsetzung von Verboten von Tierversuchen an Menschenaffen und anderen Primaten missachtet das im Deutschen Grundge-

setz verankerte Staatsziel Tierschutz. Letzteres verlangt auch dringend Nachbesserungen bei der sogenannten ethischen Abwägung der Gründe für die Durchführung von Tierversuchen. Hierbei muss dem Tierschutz erheblich mehr Gewicht verliehen werden als bisher. Die zuständigen Behörden müssen außerdem gesetzlich mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden, um sich, anders als in der Vergangenheit, vor gerichtlichen Auseinandersetzungen mit Wissenschaftlern schützen zu können.

„Wir appellieren an Sie, dass bei den weiteren Beratungen und Entscheidungen über das novellierte Tierschutzgesetz und die neue Tierversuchsverordnung alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit zehn Jahre nach Einführung des Staatsziels Tierschutz diesem vollumfänglich Rechnung getragen wird“, so die Organisationen in ihrem Schreiben vom 16.05.2012 an die Kanzlerin und ihre Ministerinnen.

\* Deutscher Tierschutzbund, Bund gegen Missbrauch der Tiere, Deutsche Juristische Gesellschaft für Tierschutzrecht, Bundesverband Tierschutz, Ärzte gegen Tierversuche und Bundesverband Menschen für Tierrechte

Die 39-seitige Stellungnahme unseres Bundesverbandes und das komplette Rechtsgutachten sowie eine Zusammenfassung finden Sie unter: <http://www.tierrechte.de/themen/tierversuche/eu-tierversuchsrichtlinie>

Die neue Landesbeauftragte für Tierschutz, Dr. Cornelia Jäger, nahm in ihrer Pressemitteilung vom 29.05.2012 wie folgt Stellung:

## „Vorschlag der Bundesregierung für neues Tierschutzgesetz ist nicht zeitgemäß“ Landesbeauftragte für Tierschutz zeigt sich enttäuscht

Vor wenigen Tagen hat die schwarz-gelbe Bundesregierung den Vorschlag für die Novellierung des Tierschutzgesetzes gebilligt. Nach monatelangen Debatten

und jahrelangem Warten auf die Erneuerung des Tierschutzgesetzes sei die Enttäuschung nun groß, sagte die Landesbeauftragte für Tierschutz in Baden-Württemberg,

Dr. Cornelia Jäger, am Dienstag in Stuttgart. „Die Bundesregierung hat wichtige Anliegen der Länder und Tierschutzorganisationen nicht berücksichtigt und lediglich eine Minimal-Überarbeitung dieses wichtigen Gesetzes vorgelegt“, kritisierte Jäger. Nach Ansicht der Landesbeauftragten spiegelt die Novellierung nicht einmal den aktuellen Stand der gesellschaftlichen Diskussion zum Tierschutz wider.

Jäger führte aus, dass mehrere seit langem von den Ländern und Tierschutzorganisationen angemahnte Ergänzungen des Tierschutzgesetzes von der Bundesregierung nicht berücksichtigt worden seien. So werde es auch künftig keine eindeutige Regelung zu bestimmten Wildtieren in Zirkussen geben. Ebenso bleibe der Wunsch der Länder unberücksichtigt, im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Tierschutzgesetzes endlich eine Lösung der Fundtierproblematik herbeizuführen. Auch dem Thema der Eingriffe an Tieren verweigere sich die Bundesregierung fast vollständig. So finde sich in dem Gesetzentwurf von Bundesministerin Ilse Aigner weder eine abschließende Regelung im Hinblick auf kupierte Hunde, die aus dem Ausland eingeführt oder importiert werden, noch wage die Bundesregierung das hochpro-

blematische Schnabelkürzen bei Legehennen oder das routinemäßige Kupieren von Ferkelschwänzen zu thematisieren oder gar zu unterbinden, so Jäger weiter. Zwar solle der Schenkelbrand bei Pferden untersagt werden, aber es bleibe unklar, ob die von der Bundesregierung vorgeschlagene Änderung dies überhaupt in der Realität gewährleisten werde. Auch die von der Bundesregierung vorgesehene Beendigung der betäubungslosen Kastration von männlichen Schweinen zum Ende des Jahres 2016 bleibt nach Ansicht von Jäger weit hinter dem Stand der bereits vorhandenen Kenntnisse und Möglichkeiten zurück.

Die gesamte Novellierung diene nahezu ausschließlich dazu, Vorgaben der EU zum Thema Tierversuche in nationales Recht umzusetzen, wobei auch dies nicht konsequent im Sinne der durch die EU vorgegebenen Ziele, geschweige denn im Sinne des Tierschutzes erfolge. „Die Novellierung des Tierschutzgesetzes bedeutet keine wirkliche Innovation und stellt eine verpasste Chance dar“, fasst Jäger bedauernd zusammen. Ob man im Rahmen des Bundesratsverfahrens noch Veränderungen zugunsten des Tierschutzes erreichen könne, sei höchst ungewiss.

## **Tierschutz-Gesetzentwurf von *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*: „Tierschutz vom Stall bis zum Zirkus“**

In ihrem Newsletter *Tierschutz 2/2012* vom 25.05.2012 kündigt die Bundestagsfraktion von *Bündnis 90/Die Grünen* einen eigenen Gesetzentwurf an. Dieser soll, wie es im Newsletter heißt, zehn Jahre nach der Aufnahme des Tierschutzes als Staatszielbestimmung im Grundgesetz seinen Namen tatsächlich verdienen. „Tierschutz vom Stall bis zum Zirkus“ – an diesem ethischen Anspruch soll sich dieser Entwurf konsequent orientieren:

*Mit unserem Tierschutzgesetz wollen wir die landwirtschaftliche Tierhaltung an die Bedürfnisse der Tiere und nicht an die Bedürfnisse der Industrie anpassen. Die tierquälerische betäubungslose Ferkelkastration wollen wir sofort abschaffen und sehen in unserem Gesetz – anders als Frau Aigner – keine überflüssige Frist bis 2017 vor. Bei der Haltung von landwirtschaftlichen Tieren müssen die Tiere verhaltensgerecht untergebracht werden und somit auch die Stallgröße an die Bedürfnisse der Tiere angepasst werden. Wir schaffen als wichtige Neuerung die Funktion eines Bundestierschutzbeauftragten und führen das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände ein.*

*Wildtiere gehören nicht in den Zirkus. Wir schaffen daher eine Positivliste, die aufzeigt, welche Tiere artgerecht in fahrenden Unternehmen überhaupt gehalten werden können.*

*Wir nutzen alle Möglichkeiten der EU-Versuchstierschutz-Richtlinie, um so viel Tierschutz wie möglich*

*zu gewährleisten. So sollen die zuständigen Ethikkommissionen zukünftig mindestens zur Hälfte mit VertreterInnen des Tierschutzes besetzt werden. Versuche an Menschenaffen haben wir in unserem Gesetzentwurf vollends verboten.*

*Durch die zwingend vorgeschriebene Umsetzung der EU-Versuchstierschutz-Richtlinie in nationales Recht muss auch die zuständige Bundesministerin Ilse Aigner eine Novelle des geltenden Tierschutzgesetzes vorlegen. Ihr tatsächliches Engagement für Tierschutz in der Bundesrepublik hält sich allerdings weiterhin in (viel zu) engen Grenzen. Aigners Änderungsvorschläge sind völlig unambitioniert und werden dem Staatsziel Tierschutz in keiner Weise gerecht. Unseren Entwurf haben wir diese Woche in das parlamentarische Verfahren gegeben. Er wird voraussichtlich am 28.6.12 im Bundestagsplenum in erster Lesung behandelt.*

*Weitere Informationen finden Sie in dem Artikel „Das grüne Tierschutzgesetz“ unter:*

*<http://www.gruene-bundestag.de/themen/tierschutz/das-gruene-tierschutzgesetz.html>*

*Den Gesetzentwurf können Sie nachlesen unter:*

*[http://www.gruene-videos.de/repository/initiativen/GE\\_TierSchGNeuregG\\_F142-12.pdf](http://www.gruene-videos.de/repository/initiativen/GE_TierSchGNeuregG_F142-12.pdf)*

Bei der jetzigen Regierungskoalition hat der Gesetzentwurf allerdings keine Chance, angenommen zu werden. Wir müssen auf einen Regierungswechsel warten.

## **Tiertransporte – 8hours-Kampagne: Ein Meilenstein ist erreicht!**

*Ingeborg Livaditis, Vorsitzende*

Trotz aller Bemühungen von Tierschutzorganisationen ist es bis heute erlaubt, lebende Tiere zum Schlachten quer durch Europa, bis sogar in den Nahen Osten, zu transportieren. Vor allem Rinder und Schweine müssen diese oftmals tagelangen unsäglichen Qualen auf ihrem letzten Lebensabschnitt erdulden. Dabei kann gefrorenes Fleisch dank moderner Technik problemlos in alle Welt geliefert werden. Ein Großteil der Konsumenten lehnt jedoch Gefrierfleisch ab; außerdem geht es um die Auslastung vor allem der Schlachthöfe in Südeuropa, die teilweise mit Geldern der EU errichtet worden waren.

Seit 1998 setzt sich die Tierschutzorganisation *Animals' Angels* für die Abschaffung des Transports von lebenden Tieren ein. Ihre Mitarbeiter sind auf Tiermärkten, begleiten Tiertransporte auf den Straßen Europas bis zum Schlachthof oder zu den Verladehäfen und recherchieren vor Ort die Versorgungs- und Grenzstationen. Mit ihren Dokumentationen informieren sie sowohl die Bevölkerung als auch die Medien

über die entsetzlichen Tiertransporte. Bei den zuständigen Behörden werden Beschwerden eingelegt, um Missstände abzustellen oder weiterführende Maßnahmen zu erreichen.

Zwischenzeitlich wurden zwar von der EU neue Transportrichtlinien erlassen und unter anderem Kontrollen vorgeschrieben. Dennoch herrschen teilweise immer noch grauenhafte Zustände, da die gesetzlichen Vorschriften oftmals nicht eingehalten werden.

Deshalb rief *Animals' Angels* gemeinsam mit dem dänischen EU-Parlamentarier Dan Jørgensen im Februar 2011 eine der größten Tierschutzkampagnen Europas ins Leben. Ziel war es, in einem Jahr mindestens eine Million Unterschriften zu gewinnen, um die Langstrecken-Tiertransporte EU-weit auf höchstens acht Stunden zu begrenzen. In allen EU-Ländern beteiligten sich Tierschutz- und Tierrechtsvereine sowie viele Einzelkämpfer an der Sammlung. Natürlich unterstützen auch wir dieses Projekt tatkräftig mit Aufklärungsmaterial und Unterschriftensammlungen an unseren Infoständen

sowie mit E-Mail-Protesten.

Im Januar 2012 wurde das gesetzte Ziel mit 1,1 Millionen Unterschriften sogar überholt.

In einem zweiten Schritt galt es, EU-Parlamentarier zu bewegen, die *Schriftliche Erklärung Nr. 49* zu unterzeichnen, die Langstrecken-Tiertransporte EU-weit auf acht Stunden begrenzen und die Transportbedingungen im Sinne des Tierschutzes verbessern soll. Am 14.03.2012 hat der 378. EU-Parlamentarier seine Unterschrift geleistet. Damit war ein wichtiger Meilenstein in der Kampagne erreicht. Die Erklärung sollte nun der Europäischen Kommission und den Regierungen der Mitgliedsstaaten übermittelt werden.

Am 07.06.2012 wurden die Listen mit den über 1,1 Millionen Unterschriften der *8-hours-Kampagne* kartonweise vor dem *Berlaymont-Gebäude* der Europäischen Kommission in Brüssel gestapelt. Vertreter der beteiligten europäischen Tierschutzorganisationen waren ange-reist, um die Unterschriftenlisten an den *Europäischen Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz*, John Dalli, zu übergeben.



2. von rechts: Christa Blanke (*Animals' Angels*)

Das *Animals'-Angels*-Team mit ihrer Gründerin und Präsidentin Christa Blanke schien Kommissar Dalli in einer kleinen Konferenz endgültig davon überzeugt zu haben, dass die Überarbeitung der geltenden Transportverordnung und eine entsprechende Gesetzesinitiative seitens der Kommission absolut notwendig sei. Denn vor laufenden Kameras und den Vertretern zahlreicher Tierschutzorganisationen zeigte sich Dalli handlungsbereit und sprach von „Prioritäten“ in Bezug auf den Tierschutz. Die Unterschriftensammlung sei für seine Arbeit hilfreich, da er als Politiker natürlich auf diese Meinungsäußerung reagieren müsse. Die jetzige Verordnung würde zu wenig für die Tiere auf den Transporten bringen.



Kommissar Dalli (Mitte) und Vertreter des EU-Parlaments  
Fotos: *Animals' Angels*

Das wäre ein enormer Fortschritt,

nachdem sich die Kommission 2011 in einem Bericht zu einer Revision der Transportverordnung noch kritisch geäußert und lediglich eine stärkere Durchsetzung der bestehenden Regeln gefordert hatte.

Leider schien die Überzeugung Dallis nicht anzuhalten. Laut Bericht von *Animals' Angels* wurde bereits eine Woche später von offizieller Seite seine Zusage bestritten, die geltende Tiertransportverordnung zu ändern und bis 2014 einen neuen Gesetzesvorschlag innerhalb der EU-Kommission voranzubringen. Damit fällt die Kommission auf ihren Standpunkt von 2011 zurück, einer stärkeren Durchsetzung („Enforcement“) der bisherigen Verordnung Vorrang zu geben.

Dabei sind alle Aussagen von Kommissar Dalli dokumentiert, jedes seiner Worte ist aufgezeichnet. Pech für ihn! Der Videofilm der englischsprachigen Pressekonferenz mit Herrn Dalli kann auf der Webseite der *8-hours-Kampagne* abgerufen werden unter: [www.8hours.eu](http://www.8hours.eu). Beim Klick auf die deutsche Fahne können Sie den Text auf Deutsch lesen.

Es darf doch nicht sein, dass der Politiker die Forderung von über 1,1 Millionen Bürgern und der Mehrheit des *Europäischen Parlaments* ignoriert und die Profiteure des Tierleids durch mangelnde Maßnahmen zum Tierschutz unterstützt.

**Aktion:** Bitte beteiligen Sie sich an der E-Mail-Protestaktion von *Animals' Angels* unter dem vorigen Link. Oder schreiben Sie an EU-Kommissar Dalli einen Brief.

**Musterbrief:**  
(Anschriften auf Seite 31)

*Sehr geehrter Herr EU-Kommissar Dalli,*

*am 07.06.2012 wurden Ihnen von europäischen Tierschutzorganisationen über 1,1 Millionen Unterschriften für eine Kürzung der entsetzlichen Langzeit-Tiertransporte übergeben. Dabei sagten Sie zu, dass die Kommission bis zum Jahr 2014 einen Gesetzesvorschlag vorlegen wird, der auch das Thema Tiertransporte und eine Reduzierung der Transportzeiten beinhalten würde.*

*Als der für den Tierschutz verantwortliche EU-Kommissar sind Sie verpflichtet, die Leiden der Tiere wo immer möglich zu begrenzen. Deshalb kann ich nicht verstehen, dass Sie knapp eine Woche nach Übergabe der Unterschriften Ihre Meinung geändert haben.*

*Ich bitte Sie und hoffe darauf, dass Sie Ihr ursprüngliches Versprechen zu einem besseren Schutz der Tiere einhalten werden.*

*Mit freundlichen Grüßen*

## Petition zur Kaninchenhaltung

Die auf Seite 18 beschriebenen tierquälerischen Käfigsysteme für die Kaninchenhaltung gelten für die gesamte EU. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass wir auch hier eine Kampagne durchführen und eine gesetzliche Verordnung für eine tiergerechte Haltungsform fordern. Zudem ist wegen des Konkurrenzdrucks eine EU-einheitliche Regelung unerlässlich.

**Aktion:** Senden Sie bitte an den EU-Kommissar Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Dacian Cioloş, einen Brief oder eine Mail.

**Musterbrief:**  
(Sie können gern auch einen eigenen Text verwenden)

*Kaninchenhaltung*

*Sehr geehrter Herr EU-Kommissar Cioloş,*

*ich wende mich mit einer Bitte an Sie. Die meisten gewerblich gehaltenen Kaninchen für die Fleisch- oder Wollgewinnung müssen derzeit noch in Käfiganlagen leben. Die kleinen und niedrigen Käfige sind ganz aus Metall- oder Kunststoffrosten, auch*

*der Boden. Dadurch treten Verletzungen an den Pfoten auf. Außerdem haben die Kaninchen aufgrund des Platzmangels keine Gelegenheit, ihre artgemäßen Bedürfnisse auszuleben. Schwere Verhaltensstörungen sind die Folge. Durch den Bewegungsmangel kommt es zudem zur Verkrümmung der Wirbelsäule.*

*Bitte nehmen Sie sich des Problems an, das EU-weit zig Millionen Tiere betrifft. Veranlassen Sie eine tiergerechte Verordnung für die gewerbliche Haltung von Kaninchen.*

*Mit freundlichen Grüßen*

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

## Europaweite Kampagne NEIN zu Tierqual-Kosmetik



Es war ein Riesenschritt, als die *EU-Kosmetikrichtlinie* erlassen wurde, die ab dem Jahr 2004 ein stufenweises Testungs- und Vermarktungsverbot für Kosmetika vorschreibt. Dadurch sind Hersteller angehalten, verstärkt die Entwicklung tierversuchsfreier Methoden voranzutreiben, wenn sie innerhalb der EU Kosmetikprodukte entwickeln und verkaufen wollen. Nicht zuletzt aufgrund dieses Drucks gibt es inzwischen validierte (behördlich anerkannte) sogenannte Alternativmethoden, beispielsweise für die grausamen Tests am Auge und an der Haut von Kaninchen.

Nachdem Fertigprodukte von Kosmetika seit 2004 nicht mehr an Tieren getestet werden dürfen, trat am 11.03.2009 endlich das Verbot in Kraft, innerhalb der EU Kosmetikprodukte bzw. deren Inhaltsstoffe an Tieren zu testen und sie zu vermarkten. Das gilt unabhängig davon, ob tierversuchsfreie Methoden vorhanden sind oder nicht. Mit dem Verkaufsverbot soll verhindert werden, dass Firmen ihre Tierversuche in Drittländern vornehmen und die Produkte dann in die EU einführen.

Leider wurde damit nur ein weiteres Etappenziel erreicht, denn es gibt drei Ausnahmen, für die eine weitere Fristverlängerung eingeräumt wurde. Diese gilt für folgende Tierversuche, die erst ab 11.03.2013 verboten werden sollen:

- Feststellung von Giftigkeit bei wiederholter Gabe
- Auswirkung auf die Nachkommen (Reproduktions-Toxikologie)
- die schädigende Wirkung auf den Stoffwechsel (Toxikokinetik)

Doch nun droht diesem Termin Gefahr! Nach einem von der EU in Auftrag gegebenen Bericht würden bis dahin nicht genügend tierversuchsfreie Tests zur Verfügung stehen. Zudem kann die europäische Kommission bestehende Verbote aufheben, wenn schwerwiegende Sicherheitsbedenken bei einzelnen Kosmetik-Inhaltsstoffen erhoben werden. Dazu muss allerdings eine detaillierte Begründung für einen Tierversuch vorliegen, die Substanz breite Anwendung finden und kein gleichwertiger Ersatz zur Verfügung stehen. So sollen zwei Tierversuche zur Testung von Allergie und Krebs auslösenden Wirkungen wieder erlaubt werden, die bereits 2009 verboten worden sind.

Die EU-Kommission will das vorgesehene endgültige Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik nun sogar um zehn Jahre verschieben beziehungsweise Ausnahmen vom Verkaufsverbot zulassen, was der Kosmetikindustrie entgegenkommen würde. Für zigtausende Kaninchen, Meerschweinchen, Ratten und Mäuse würde das allerdings großes Leiden verursachen und zuletzt ihr Leben kosten.

Die vorgesehene Frist zur Abschaffung aller Tierversuche in der Kosmetik darf auf keinen Fall verlängert werden! Die *Europäische Koalition zur Beendigung von Tierversuchen (ECEAE)* hat deshalb die europaweite Kampagne „No cruel Cosmetics“ („Keine grausame Kosmetik“) gestartet, mit der sie das EU-Parlament auffordert, am Vermarktungsverbot ab 2013 festzuhalten. Unser Bundesverband hat sich dieser Initiative angeschlossen, die wir natürlich mittragen.

**Aktion:** Bitte unterzeichnen auch Sie die Online-Petition.

Den Link finden Sie auf unserer Homepage:  
[www.tierrechte-bw.de](http://www.tierrechte-bw.de)

Eine zusätzliche Briefaktion ist nicht vorgesehen.

## EU-Behörde will Kältemittel an Kaninchen testen lassen

Es ist unglaublich, welche unsinnigen und grausamen Tierversuche von den EU-Behörden vorgeschrieben werden. Laut einer Pressemitteilung der *Ärzte gegen Tierversuche* vom 23.03.2012 soll nach dem Willen der *Europäischen Chemikalienbehörde ECHA* ein Kältemittel, das in Klimaanlagen von Autos verwendet wird, an Kaninchen getestet werden.

120 Kaninchen sollen 90 Tage lang Dämpfe des Kältemittels einatmen. Dazu werden die Tiere entweder täglich sechs Stunden in enge Röhren gesteckt oder ihr Käfig wird in einen Raum mit den Gasen gestellt. Anschließend sollen die Tiere getötet werden. In einem früheren Test an trächtigen Kaninchen waren einige der Tiere schon vor Testende gestorben. Die Behörde will nun, dass der Test zusätzlich an nicht trächtigen Kaninchen durchgeführt wird, obwohl die Substanz bereits an Ratten geprüft worden war.

Doch die Herstellerfirma wehrte sich und reichte Widerspruch ein. Die *Europäische Koalition zur Beendigung von Tierversuchen (ECEAE)*, bei der die *Ärzte gegen Tierversuche* Mitglied sind, unterstützt den Widerspruch und legte der *ECHA* am 23.03.2012 ein 57-seitiges Dokument zusammen mit einem wissenschaftlichen Gutachten vor. Die juristischen und fachlichen Argumente belegen, dass dieser Tierversuch unnötig ist. Die *ECEAE* ist bei der *ECHA* als einzige Tierschutzvertretung offiziell zugelassen.

Der Toxikologie-Experte der Ärzte-Vereinigung, Dr. med. Wolfgang Stengel, der an dem Gutachten mitgearbeitet hat, erklärte: „Die Entscheidung der *ECHA*, diesen Tierversuch zu fordern, ist gänzlich falsch und unangemessen. Aus früheren Untersuchungen wissen wir, dass die Verstoffwechslung dieser Substanz bei Kaninchen und Menschen verschieden ist“. Außerdem würde der immense Stress, dem die Tiere durch 90-tägige Inhalation ausgesetzt sind, die Ergebnisse verfälschen. Vor allem jedoch sei das Kältemittel *R-1234yf* in den Klimaanlage für die Autofahrer ohne Risiko, da sie mit der Substanz nicht in Berührung kommen.

Laut der EU-Chemikalienverordnung *REACH* müssen jedoch alte Chemikalien, die vor 1981 auf den Markt gekommen sind, ebenso wie alle neuen Substanzen auf ihre Risiken für Mensch und Umwelt getestet werden, was größtenteils in Tierversuchen erfolgt. Die Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche* hält *REACH* generell für verfehlt, da Tierversuche nicht geeignet sind, die Sicherheit von Substanzen zu gewährleisten. Mit tierversuchsfreien Testmethoden, beispielsweise mit Zellkulturen, könnten dagegen die Risiken verlässlich abgeschätzt werden. Außerdem lägen die geforderten Daten für die allermeisten Altchemikalien bereits vor.

„Wir hoffen, dass dem Einspruch des Herstellers und der *ECEAE* stattgegeben wird, und dass wir auf diesem Weg den qualvollen Tod der Kaninchen verhindern und so gleichzeitig einen Präzedenzfall schaffen können“, so Toxikologe Stengel.

### **Massive Tierschutzverstöße am Max-Delbrück-Centrum:**

In unserer letzten Ausgabe informierten wir über das neue Tierversuchslabor des *Max-Delbrück-Centrums für Molekulare Medizin (MDC)* in Berlin und riefen zu einem Protestbrief an den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit auf.

In dem Antwortschreiben seiner Staatskanzlei wurde wie üblich das angebliche Tierschutzengagement bezeugt und auf einen Forschungspreis für Alternativmethoden in Höhe von 15.000 Euro hingewiesen, der 2011 erstmals vergeben wurde. Im *MDC* würden alle Anträge auf Tierversuche im Vorfeld von internen Tierschutzbeauftragten geprüft und im Antragverfahren die Unerlässlichkeit des Tierversuchs dargelegt werden. Die Berliner Regierung würde eine verstärkte Kontrolle und Ahndung von Verstößen gegen Tierschutzvorschriften unterstützen.

Wie aber sieht die Realität aus? Die Stellungnahme der *Ärzte gegen Tierversuche* listet eine Reihe von Tierversuchsbeschreibungen auf, die belegen, dass im *MDC* Tiere schweren Schmerzen, Leiden und Schäden ausgesetzt wurden. Die Dokumente beruhen auf Artikeln in Fachzeitschriften. So wurde bei Mäusen Krebs durch Injektion von Krebszellen hervorgerufen. Nach Verabreichung einer Testsubstanz starben die Mäuse an Vergiftungserscheinungen. In einer anderen Versuchsreihe wurde eine Entzündung des Gehirns und der Hirnhäute durch Injektion einer reizenden Substanz und verschiedenen Bakterien ausgelöst. Die Tiere litten unter Lähmungen und starben.

Die komplette Stellungnahme mit weiteren Versuchsbeschreibungen sowie Angaben zu Tierzahlen kann angefordert werden unter:  
[www.aerzte-gegen-tierversuche.de](http://www.aerzte-gegen-tierversuche.de)

Der Tierschutzorganisation *PeTA* ist es mit Hilfe des Informationsfreiheitsgesetzes gelungen, Kontrollberichte der zuständigen Aufsichtsbehörde aus den Jahren 2008 und 2009 zu erhalten. Danach hätten die Kontrolleure bei jedem Besuch gravierende Mängel gefunden, regelmäßig sei gegen das deutsche Tierschutzgesetz und die *EU-Versuchstierrichtlinie* verstoßen worden.

Im Folgenden sind einige Befunde der Kontrollen zusammengefasst:  
- Käfige waren zu klein, zu dicht besetzt, mit zu wenig oder keinem Beschäftigungsmaterial ausgestattet –

trotz vorheriger Anmahnung.

- Die Kontrollbücher waren unvollständig, es fehlten vor allem immer wieder Angaben über den Verbleib der Tiere.

- Mehrfach wurden schwer verwundete, kranke Tiere vorgefunden, die längst von ihren unerträglichen Leiden hätten erlöst werden müssen. Stattdessen überließ man sie einfach ihrem Schicksal.

- Eine Gruppe von Mäusen wurde vom Wochenenddienst vergessen und nicht gefüttert, weshalb einige Tiere verhungerten.

In dem riesigen Forschungsgebäude wird zwar auch an Alternativmethoden zu Tierversuchen geforscht. Wie *PeTA* jedoch feststellte, führen Forscher wie Prof. Dr. Gary R. Lewin aber auch extrem grausame Versuche zum Schmerzempfinden an verschiedenen Tierarten durch. Diese Grundlagenforschung wird sogar mit hohen Summen aus EU-Geldern gefördert!

Die folgenden Beispiele zeigen, welche Studien von Forschern des *MDC* durchgeführt wurden:

- Mäuse wurden auf ein Gitter gesetzt, durch das ihnen von unten wiederholt mit feinen Drähten in ihre empfindlichen Pfoten gestochen wurde. Dann wurde Essig- und Salzsäure in ihre Beinchen gespritzt. Wie oft sie die Pfoten wegzogen oder wie lange sie diese leckten, wurde als Maßstab für das Schmerzempfinden der Tiere betrachtet.

- Mäusen wurde eine gewebereizende Zuckerlösung in den Brustkorb gespritzt, woraufhin sie eine Entzündung des Brust- und Rippenfells bekamen.

- Im selben Experiment wurde Mäusen Kochsalzlösung, Formalin oder Capsaicin (das ist die chemische Verbindung, die Chilischoten ihre Schärfe verleiht) in die Pfoten gespritzt.

- Einige Mäuse wurden auf fast 60° heiße Herdplatten gesetzt.

Sind solche grausamen Experimente unerlässlich? Welche Erkenntnisse sollen denn daraus gewonnen werden, wem sollen sie – außer dem Forscherteam – dienen?

Aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der *Piratenpartei* ging hervor, dass am *MDC* im Jahr 2012

118.060 Tiere „verwendet“ werden, darunter Exoten wie Nacktmulle, Krallenfrösche oder Axolotl (Molche). Zurzeit sind 255 Tierversuchsprojekte mit insgesamt 527.014 Tieren bei der zuständigen Behörde genehmigt beziehungsweise angezeigt, die sich über einen Zeitraum von einem Jahr bis zu fünf Jahren erstrecken können. Es ist unglaublich, dass allein an einem einzigen Forschungszentrum in Deutschland so viele Tiere leiden und sterben müssen!

Noch können wir versuchen, den Neubau zu verhindern. Wir bitten deshalb – nicht zuletzt auf Grund der geschilderten neuen Erkenntnisse – nochmals um Ihre Unterstützung, oder falls Sie sich an unserer letzten Briefaktion nicht beteiligt haben.

**Aktion:** Schreiben Sie einen Protestbrief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit.

#### **Musterbrief:**

Geplanter Neubau des  
Berliner Max-Delbrück-Centrums

Sehr geehrter Herr Wowereit,

von Seiten der Politik wird immer versprochen, Tierversuche einzuschränken. Nun habe ich erfahren, dass am Max-Delbrück-Centrum in Berlin der Neubau eines riesigen Tierversuchslabors geplant ist. Damit wird genau das Gegenteil erreicht: Zigtausende von Tieren sollen hier jedes Jahr zusätzlich leiden und sterben.

Dabei ist die Methode Tierversuch veraltet. Wir benötigen jedoch eine zukunftsorientierte Wissenschaft, die nicht auf Tierleid aufgebaut ist.

Bitte denken Sie daran, dass der Tierschutz im Grundgesetz verankert ist. Genehmigen Sie nur ein Wissenschaftszentrum ohne Tierversuche, in dem an Alternativmethoden zum Tierversuch geforscht wird.

Mit freundlichen Grüßen

Sie können sich auch an der Online-Protestaktion von PeTA beteiligen:  
[www.peta.de/web/mdc.5372.html](http://www.peta.de/web/mdc.5372.html)

## **20 Jahre Krebsmaus-Patent Paradebeispiel für das Versagen der Tierversuche**

Ärzte gegen Tierversuche e.V.

Pressemitteilung vom 09.05.2012

*Vor 20 Jahren wurde die Krebsmaus als erstes genmanipuliertes Säugetier in Europa patentiert. Forscher glaubten, damit den Schlüssel für den Sieg über bösartige Tumoren in der Hand zu halten. Doch der Erfolg blieb aus. Der bundesweite Verein Ärzte gegen Tierversuche spricht von einem „Paradebeispiel für das Versagen der tierexperimentellen Forschung“.*

*Am 13. Mai 1992 erteilte das Europäische Patentamt auf die sogenannte Krebsmaus als erstem Säugetier in Europa ein Patent. Forschern der amerikanischen Harvard-Universität war es bereits Anfang der 1980er Jahre gelungen, Mäusen ein menschliches Brustkrebsgen einzuschleusen. Die Tiere entwickeln spontan Tumoren und sollten zum Durchbruch bei der Bekämpfung der Krankheit verhelfen. Doch der Erfolg blieb aus.*

*„Es ist absurd zu glauben, man könne eine so vielschichtige Krankheit wie Krebs durch Genmanipulation von Mäusen erforschen und gar heilen“, sagt Dr. med. vet. Corina Gericke, stellvertretende Vorsitzende des Vereins Ärzte gegen Tierversuche. „Zu den hauptsächlichen auslösenden Faktoren einer krebsartigen Entartung von Zellen – das wissen wir heute aufgrund von Bevölkerungsstudien – gehören Rauchen, fleischreiche Ernährung, Alkohol, zu intensive Sonneneinstrahlung sowie Umweltgifte. Diese vielfältigen Ursachen kann man im „Tiermodell“ niemals nachahmen. Entsprechend gering ist die Aussagekraft von Studien mit künstlich manipulierten Tieren.“*

*Nicht nur „Krebsmäuse“ hat die Wissenschaft erschaffen, sondern auch „Diabetes- und Rheuma-Ratten“ oder „Alzheimer- und Parkinson-Mäuse“. Mehrere Zehntausend verschiedene „transgene“ Tiere – hauptsächlich Mäuse, aber auch*

*Ratten, Kaninchen und Schweine – soll es inzwischen geben. Gelingt es, das Erbgut von Tieren so zu verändern, dass die Symptome menschlicher Krankheiten nachgeahmt werden, wird dies schon als Erfolg gewertet. „Bei erkrankten Menschen werden Hoffnungen geweckt, die sich letztendlich nicht erfüllen, weil die an künstlich manipulierten Tieren entwickelten Therapien beim Menschen nicht funktionieren. So wird seit über 30 Jahren Krebs bei Mäusen geheilt, doch beim Menschen versagen die Behandlungsmethoden“, so Gericke weiter.*

*Trotz der offensichtlichen Erfolglosigkeit setzt die tierexperimentelle Forschung weiter auf die Gentechnik. Die ständig steigenden Tierversuchszahlen sind maßgeblich auf den Boom der Gentechnik zurückzuführen. Im Jahr 2000 wurden den Angaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums zufolge rund 157.000 „transgene“ Tiere gezählt, 2010 waren es 722.000 Tiere. Die Gesamtzahl der in Tierversuchen getöteten Tiere stieg im gleichen Zeitraum von rund 1,8 auf 2,9 Millionen Tiere.*

*Laut Ärzten gegen Tierversuche gibt es gerade im Bereich der Gentechnik eine hohe Dunkelziffer. „Tiere, die nicht die gewünschten gentechnischen Veränderungen aufweisen, werden getötet und entsorgt und meist noch nicht einmal von der Statistik erfasst. Ihr Anteil kann 90 bis 99 % betragen“, erklärt Tierärztin Gericke.*

*Tierversuche im Bereich der Gentechnik verursachen zudem erhebliches Tierleid. Körperveränderungen wie Hirn- oder Augenschäden, missgebildete innere Organe oder fehlende Gliedmaßen sind oft das Resultat und mit entsprechenden schweren Schmerzen und Leiden für die Tiere verbunden, heißt es von Seiten der Ärztevereinigung.*

*Die Entscheidung des Europäischen Patentamts, dass gentechnisch veränderte Tiere patentierbar seien wie Rasierapparate oder Digitalkameras, löste einen Proteststurm aus. Zahlreiche Gruppen und Einzelpersonen legten insgesamt 17 Einsprüche ein. Zunächst hatte das Pa-*

tentamt den erstmals 1985 eingereichten Antrag abgelehnt, 1992 dann doch zugelassen. Das Patent erstreckte sich auf alle Säugetiere außer dem Menschen. Trotz aller Proteste bestätigte die Behörde im Jahr 2004 das Patent endgültig. Seither wurden Tausende gentechnisch veränderte Lebewesen zum Patent angemeldet.

#### Weitere Informationen:

"Krebs und Tierversuche – keine Erfolgsstory" unter:  
[www.aerzte-gegen-tierversuche.de](http://www.aerzte-gegen-tierversuche.de)

### Versuchstier des Jahres: Die „Atherosklerose-Maus“

Unser Bundesverband Menschen für Tierrechte ernannte am 30.05.2012 erstmals ein gentechnisch verändertes Tier, die sogenannte Atherosklerose-Maus, zum Versuchstier des Jahres 2012.

Die Atherosklerose und ihre Fol-

geerkrankungen gehören weltweit zu den häufigsten Todesursachen des Menschen. Sie entsteht durch die Verkalkung von Arterien. Dadurch kann es zu Blutstau mit Thrombosen und einer Unterversorgung mit Blut von Organen und Geweben bis zum Infarkt kommen.

Obwohl Mäuse von Natur aus keine Gefäßerkrankung bekommen, sind sie ein beliebtes „Modell“, um diese und andere menschliche Leiden zu erkunden. Neben der fehlenden Übertragbarkeit der Versuchsergebnisse auf den Menschen, ist die Genmanipulation von Tieren für diese mit vielschichtigem Leid sowohl der Elterntiere bei der Veränderung ihrer Erbinformationen als auch ihren Nachkommen durch unkalkulierbare Körperschäden verbunden.

„Die Humanerkrankung wird dabei durch genetische Nachahmungsversuche in einer anderen Spezies auf einzelne Teilaspekte reduziert. Wirklich durchschlagende Therapien sind bisher nicht entstanden. Auf diese

Situation soll die „Atherosklerose-Maus“ beispielhaft aufmerksam machen“, so Dr. Kurt Simons, Vorsitzender des Bundesverbandes in seiner Pressemitteilung.

Gleichzeitig weist er darauf hin, dass noch immer nur eine Randgruppe von Wissenschaftlern an neuen, tierleidfreien Verfahren, wie in diesem Fall an der In-vitro-Forschung menschlicher Blutgefäßzellen, arbeiten würden. Dies läge daran, dass die tierexperimentelle Forschung die meisten Gelder erhalte und die politischen Entscheidungsträger einen Paradigmenwechsel zugunsten der tierversuchsfreien Verfahren nicht wagten.

Das Versuchstier des Jahres wird seit 2003 vom Bundesverband Menschen für Tierrechte in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsvereinen ausgewählt. Damit sollen Tierversuche an einer bestimmten Tierart öffentlich gemacht und die Situation der tierversuchsfreien Forschung aufgezeigt werden.



## Tierversuchsfreie Forschung



Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

### Konferenz und Workshop „Biological Barriers“

An der Universität des Saarlandes fand vom 29.02. bis 09.03.2012 zum 9. Mal der zweijährliche internationale Kongress zum Ersatz von Tierversuchen statt. Thema waren die Forschungsobjekte der Biologischen Barrieren, das sind die Haut, der Darm und der Respirationstrakt (im Wesentlichen die Lunge). Hier sind in den letzten Jahren große Erfolge beim Ersatz von Tierversuchen durch In-vitro-Kulturen erzielt worden, die definitiv zur Beantwortung der wissenschaftlichen Fragen genutzt werden. Auch lassen sich Modelle von Haut-, Darm- und Lungenkrankheiten künstlich erzeugen, wodurch die neuen Verfahren sowohl in der Grundlagen- als auch in der angewandten Forschung bei der Behand-

lung von Krankheiten mit Medikamenten immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Besonderes Augenmerk lag auf Forschungsergebnissen zu Immunreaktionsmechanismen der Biologischen Barrieren. Ferner ging es um die neuesten Erkenntnisse auf dem Gebiet des Einsatzes von Nanopartikeln bei der Aufnahme von Medikamenten sowie um Computersimulationsprogramme bei der Entwicklung von Medikamenten.

Der Kongress hat eine große zukunftsgerichtete Bedeutung, da beim Einsatz von Tieren bei der Medikamentenentwicklung der Mechanismus von Aufnahme, Verteilung und Stoffwechsel im Tier nicht klar erkannt werden kann.

Hier haben die Veranstalter in den letzten Jahren Herausragendes geleistet. Prof. Lehr und sein Team wurden dafür im letzten Jahr sowohl mit dem Tierschutzforschungspreis des Landes Rheinland-Pfalz als auch

mit dem Tierschutzforschungspreis des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bedacht. (Über die Preisverleihung berichteten wir in unserer letzten Ausgabe.)

Die Teilnehmer des Kongresses waren nicht nur Wissenschaftler von renommierten Forschungseinrichtungen aus Deutschland, sondern kamen auch aus den Vereinigten Staaten, Australien, den Niederlanden, Belgien, der Schweiz, Schweden, Monaco, Israel, Italien und Frankreich.

Unser Bundesverband Menschen für Tierrechte war durch die Fachreferentin Dr. Christiane Hohensee vertreten, die das Projekt In-VitroJobs leitet. Sie moderierte am 07.03.2012 den Vortrag „Ethische Aspekte zum Tierversuch“. Außerdem wurden bei dem Kongress die Projekte des Bundesverbandes präsentiert.

(Quelle: [InVitroJobs.com](http://InVitroJobs.com))

## Expertenworkshop zu Alternativmethoden zu Tierversuchen

Erfreulicherweise fand gleich eine weitere Veranstaltung zum Thema Alternativmethoden zum Tierversuch statt. Das *Center for Alternatives to Animal Testing (CAAT)* USA und Europa richtete vom 20.03. bis 21.03.2012 ein Forum aus, um über die Ergebnisse eines Expertenworkshops zu informieren und zu diskutieren. Dabei ging es um die Realisierung des Strategieplans zur Schließung von Forschungslücken bei der tierversuchsfreien systemischen Toxizitätstestung (Giftigkeitstestung). Unterstützt wurde das Treffen von einer Vielzahl an Forschungsvereinigungen, beispielsweise von *Cosmetics Europe* (ehemals *Colipa*) oder der Tierschutzorganisation *Humane Society International (HSI)*.

Das Treffen war in Bezug auf die Beratungen der EU zur zweiten Stufe des Verkaufsverbots von an Tieren getesteten kosmetischen Inhaltsstoffen der Kosmetikrichtlinie besonders wichtig (s. S. 23: Kampagne *NEIN zu Tierqual-Kosmetik*).

Ursprünglich wollte im März d. J. die Europäische Kommission das Europäische Parlament über ihre Beratungen in Kenntnis setzen, ob das Verkaufsverbot nun aufrecht erhalten wird oder nicht, gegebenenfalls unter welchen Bedingungen oder mit welchen Ausnahmen. Diese Entscheidung sei nun erst nach der Sommerpause zu erwarten. Beobachter rechnen damit, dass das Verkaufsverbot bleiben wird, jedoch erneut Ausnahmen zugelassen werden.

Im Zentrum der Diskussion stand die *Roadmap*, ein Strategieplan, der die Erfordernisse neuer Techniken und Teststrategien auflistet, um den Tierversuch letztendlich vollständig abzulösen. Denn – und darin waren sich alle Beteiligten einig – der Tierversuch würde nicht nur häufig zu falsch-positiven oder falsch-negativen Ergebnissen führen, sondern sei auch – bedingt durch die Speziesunterschiede – nicht oder nur bedingt auf den Menschen übertragbar.

Bei einigen der komplexen Un-

tersuchungsziele (genannt toxikologische Endpunkte) würde es noch keine klare Zeitschiene geben, wann der Tierversuch abgelöst werden könne. Lediglich bei der Hautsensibilisierung ließe sich ein vollständiger Ersatz durch neue Methoden in absehbarer Zeit verkünden. Die Systematik des Endpunkts soll dann als Modell für die anderen noch fehlenden komplexen Gesundheitseffekte dienen.

Quelle: [www.invitrojobs.com/](http://www.invitrojobs.com/)

## China öffnet sich für tierversuchsfreie Testmethoden

Bislang besteht die chinesische Regierung bei der Vermarktung von Kosmetika auf der Testung durch Tierversuche. Selbst wenn Fertigprodukte oder Inhaltsstoffe, die mit tierversuchsfreien Verfahren getestet wurden, in der EU und anderen Ländern zugelassen sind, müssen sie für China auf ihre Unbedenklichkeit an Tieren geprüft werden. Das Beharren Chinas auf Tierversuchen erweist sich aber andererseits für chinesische Produkte als Problem, wenn diese in den europäischen Markt wollen. Denn hier gilt das Verkaufsverbot von Kosmetika, die an Tieren geprüft worden sind.

Vertreter der *Europäischen Koalition zur Beendigung von Tierversuchen (ECEAE)* haben sich mit führenden Kosmetik-Firmen in einer Arbeitsgruppe zusammengetan, um bei der Regierung Chinas zu erreichen, diese starre Haltung aufzugeben. Nach dem ersten Arbeitstreffen gab es bereits erste positive Meldungen. Die *China State Food and Drug Administration (SFDA)* legte im Februar 2012 einen ersten Entwurf für den sogenannten 3T3 Phototoxizitäts-Neutralrot-Aufnahmetest vor. Damit lässt sich die Auswirkung von Substanzen unter Sonnenlicht an Zellen testen. Die behördliche Anerkennung des tierversuchsfreien Tests wird für Herbst dieses Jahres erwartet. Die Akzeptanz weiterer international anerkannter Methoden soll folgen.

## Toxikologie des 21. Jahrhunderts ohne Tierversuche Wissenschaftsmagazin Science: Alternativen sind schneller und günstiger

*Menschen für Tierrechte –  
Bundesverband der Tierversuchgegner e.V.*

Pressemitteilung vom 08.03.2012

In der aktuellen Ausgabe des international renommierten Wissenschaftsmagazins *Science* analysiert der freie Journalist Jeffrey M. Perkel\* das tierversuchsfreie Konzept *Toxikologie des 21. Jahrhunderts* und kommt zu dem Schluss, dass Alternativen oft wissenschaftlich besser, schneller und kostengünstiger sind als Tierversuche. Für den Bundesverband *Menschen für Tierrechte* hat diese Publikation daher eine wichtige Schrittmacherfunktion für die Etablierung tierversuchsfreier Giftigkeitstests.

Das Konzept *Toxikologie des 21. Jahrhunderts* wurde 2007 von US-Wissenschaftlern entwickelt und soll langfristig zur Abschaffung von Tierversuchen führen. Es konzentriert sich ganz auf den Menschen. Mit Hilfe humaner Zellkulturen soll verstanden werden, wie eine Chemikalie den Menschen genau schädigt. Im Tierexperiment hingegen werden Tiere vergiftet, ohne biologische Mechanismen aufzudecken. Daher kann keine eindeutige Aussage getroffen werden, ob der Mensch ähnlich reagieren würde. Dieser Ansatz hat die amerikanischen Gesundheitsbehörden *FDA* und *NHI* überzeugt, welche die Forschungsarbeiten mit Millionenbeträgen unterstützen.

Als imposantes Beispiel für den Einsatz moderner Testsysteme ohne Tierversuche führt Perkel die Ölpest im Golf von Mexiko an, die durch das Versinken der Bohrinsel *Deepwater Horizon* verursacht wurde. Mit Tierversuchen hätte man bis zu einem Jahr gebraucht, um gegen das Öl einsetzbare Chemikalien zu testen. Stattdessen zeigten automatisierte Testverfahren auf Basis von Zellkulturen innerhalb von zwei Wochen, welche der möglichen Chemikalien

für den Menschen die geringste Gefahr darstellt. Ferner weist Perkel auf finanzielle Vorteile hin. Während die US-Umweltbehörde EPA eine halbe bis zu einer Million US-Dollar pro chemischer Substanz für Sicherheitstests mit Tieren investiert, kostet der Einsatz einer alternativen Testbatterie lediglich 30.000 US-Dollar.

André Schmidt, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes *Menschen für Tierrechte*, betont: „Laut Fachliteratur besitzen Tierversuche in der Toxikologie eine Vorhersagekraft für den Menschen von etwa 50 bis 60 Prozent. Sie schneiden daher kaum besser ab als ein Münzwurf. Umso erfreulicher ist es, dass sich inzwischen eine wachsende Anzahl Wissenschaftler vom Irrweg Tierversuch abwendet. Die *Science*-Veröffentlichung dürfte dazu weiteren An Schub leisten.“

Der Bundesverband *Menschen für Tierrechte* fordert nicht nur von Wissenschaft und Politik eine umfassendere Förderung der tierversuchsfreien Forschung, sondern ist selbst aktiv. Mit seinen Projekten *InVitro-Jobs* und *SATIS* unterstützt er eine Wissenschaft, die ohne Tierverbrauch in Forschung und Ausbildung auskommt.

\* Perkel, J.M., 2012. *LIFE SCIENCE TECHNOLOGIES: Animal-Free Toxicology: Sometimes, in Vitro is Better. Science*, 335, 1122-1125  
Projektseiten des Verbandes:  
[www.invitrojobs.com](http://www.invitrojobs.com)  
[www.satis-tierrechte.de](http://www.satis-tierrechte.de)

## Erfolg: Zellkulturen sollen Rattenversuche ersetzen

Im *Friedrich-Löffler-Institut (FLI)* in Jena wird der Erreger der anzeigepflichtigen Beschälseuche der Pferde in Ratten vermehrt, um so das Antigen für einen Labortest zum Nachweis der Seuche bei Pferden zu produzieren. Die Ratten sterben nach 3 bis 5 Tagen an dieser Infektion.

Schon 2009 wandte sich unser Bundesverband an das Institut und kritisierte das Verfahren an Ratten, da es in Belgien bereits Forschungen gab, um den Beschälseuchenerreger

in Zellkulturen zu vermehren. Er forderte das *FLI* auf, ebenfalls eine tierversuchsfreie Technik zu entwickeln. Die Tierrechtsorganisation wurde auf die qualvollen Rattenversuche aufmerksam, als sie zwei Ponys, die vom *FLI* zu Versuchszwecken im Rahmen der Beschälseuche genutzt werden sollten, vor diesem Tierversuch bewahrte.

In seinem *Newsletter* vom 09.03.2012 informierte unser Bundesverband darüber, dass nun, drei Jahre später, das *FLI* statt der Rattenversuche Zellkulturtechniken entwickeln würde. Das Institut würde gemeinsam mit zwei weiteren hierfür Forschungsgelder vom *Bundesministerium für Bildung und Forschung* erhalten.

## Kompetenzzentrum für tierversuchsfreie Methoden gefordert

*Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchgegner e.V.*

Pressemitteilung vom 20.04.2012

Zum *Internationalen Tag zur Abschaffung der Tierversuche* am 24. April fordert der Bundesverband *Menschen für Tierrechte* Bundeskanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder auf, ein Kompetenzzentrum für tierversuchsfreie Methoden einzurichten. Nur mit dieser zentralen Auskunftsstelle könnten die neuen rechtlichen Voraussetzungen zur Durchführung von Tierversuchen\*, die ab 2013 in Europa anzuwenden sind, eingehalten werden.

Nach Aussagen des Tierrechtsverbandes soll das Zentrum von Bund und Ländern getragen werden und habe die Aufgaben, den aktuellen Wissensstand zur Anwendung tierversuchsfreier Verfahren, zur ethischen Bewertung und zur Unerlässlichkeit von Tierversuchen für anfragende Genehmigungsbehörden, aber auch Tierexperimentatoren, bereitzuhalten. Weitere Aufgaben seien die Information der Öffentlichkeit sowie der EU-Kommission über durchgeführte Tierversuche und deren rück-

blickende Bewertung.

„Das Kompetenzzentrum ist ein absolutes Muss. Wir wissen, dass die ethische Vertretbarkeit und die Unerlässlichkeit eines beantragten Tierversuchs, aber auch die Angaben über vorhandene tierversuchsfreie Verfahren, von den Tierexperimentatoren in den Versuchsanträgen absolut mangelhaft dargestellt werden. In solchen Fällen müssen die Genehmigungsbehörden die aktuellen Wissensstände schnell und unkompliziert abrufen können. Das aber genau ist bisher nicht möglich. Dieser Qualitätsmangel muss behoben werden, sonst sind die Bestimmungen der neuen EU-Richtlinie eine Farce“, so Dr. Kurt Simons, Vorsitzender des Bundesverbandes.

Der Bundesverband verweist darauf, dass die 1989 eingerichtete *Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch (ZEBET)*, die heute im *Bundesinstitut für Risikobewertung* angesiedelt ist, mit ihrer minimalen Ausstattung dieser enormen Aufgabe nicht gewachsen ist.

\* Die *EU-Tierversuchsrichtlinie* 2010/63/EU ist im November 2010 in Kraft getreten und muss von den EU-Ländern ab dem 01.01.2013 angewendet werden. In Deutschland soll die Richtlinie durch eine Änderung des Tierschutzgesetzes sowie zusätzlich durch eine neue Rechtsverordnung umgesetzt werden. Die Umsetzungsmaßnahmen müssen bis November 2012 in Brüssel vorliegen.

*Vivisektion ist nach meiner Auffassung das schwärzeste von allen schwarzen Verbrechen, denen sich der Mensch heute gegenüber Gott und seiner Schöpfung schuldig macht. Lieber auf das Leben verzichten, als es mit der Qual fühlender Geschöpfe erkaufen.*

*Mahatma Gandhi*

# Tierschutztagung der *Evangelischen Akademie Bad Boll*

Silke Bitz, Dipl.-Biol., Fachreferentin

Vom 9. bis 11.03.2012 fand die alljährliche Tierschutztagung der *Evangelischen Akademie Bad Boll* statt. Diesmal stand die Frage nach der *Zukunft des Tierschutzes* im Mittelpunkt. Als Auftakt gaben die Veranstalter **Martin Pfeiffer**, **Dr. Helmut Geiger** und **Kathinka Kaden** jeweils einen Rückblick über die vergangenen Bad Boller Tierschutztagungen mit ihrem großen Themenspektrum, die ihren Anfang mit Inkrafttreten des Tierschutzgesetzes 1987 nahmen.

Im Anschluss referierte **Dr. Christoph Maisack** von der *Deutschen Juristischen Gesellschaft* darüber, was sich auf rechtlicher Ebene im Tierschutz geändert hat. Beispielhaft für positive Errungenschaften nannte er den faktischen Ausstieg aus der Käfighaltung für sogenannte Legehennen. Seit 2003 gäbe es eine Kennzeichnungspflicht für Eier, den endgültigen Ausstieg aus der Käfighaltung zögere die Bundesregierung jedoch immer wieder hinaus. Dagegen listeten immer mehr Großkonzerne Käfigeier aus, und zahlreiche Betriebe hätten 2009 auf käfigfreie Systeme umgestellt. Derzeit würden noch 13 Prozent der Hühner in Betrieben mit über 3.000 Tieren in Käfigen gehalten. Dringender Handlungsbedarf bestünde in der Schaffung eines Schächtverbots, klarer Regelungen gegen das Schwanzkupieren bei Schweinen und Lämmern sowie die hohen Besatzdichten in der sogenannten Masthühnerhaltung. In naher Zukunft seien ein Verbot des Schenkelbrands beim Pferd zu erwarten, strengere Regelungen bei Qualzuchten und ab 2017 ein Verbot des betäubungslosen Kastrierens von Ferkeln.

Die emeritierte Hamburger Soziologin **Prof. Dr. Helga Milz** führte aus, was sich in der öffentlichen Meinung bezüglich des Tierschutzes geändert hat. Sie erläuterte, dass sich die Sensibilität für Tiere als Mitgeschöpfe deutlich erhöht habe und

sich die Tierliebe in Umfragen widerspiegele. Der Tierschutz sei vor allem in der Mittelschicht beheimatet, wohingegen in der Oberschicht andere Vorstellungen vorherrschten. Rund Dreiviertel der Deutschen würden sich zum Tierschutz bekennen, allerdings sei auch eine Vorliebe für Tiere „auf dem Teller“ erkennbar. Einflussfaktoren für die Affinität zum Tierschutz seien unter anderem das Alter, Geschlecht und der soziale Status. Jüngere Menschen, Frauen und Personen mit höherem Bildungsstand würden eine besonders hohe Ausprägung in Richtung Tierliebe zeigen.

Die pensionierte Bischöfin **Bärbel Wartenberg-Potter** erläuterte die Situation des Tierschutzes in der Theologie. 1991 hatte die Evangelische Kirche eine Denkschrift herausgegeben, in der einige Leitgedanken der Kirche Tieren gegenüber festgehalten wurden. Darin hieß es zwar, dass Tiere Mitgeschöpfe seien, die – da wie der Mensch am sechsten Schöpfungstag geschaffen – diesem im Rang am nächsten stünden. Die Schöpfungsgeschichte jedoch gehe von der *Beauftragung des Menschen zur Herrschaft über die Tiere und die Erde* aus und räume aufgrund fundamentaler Unterschiede nur dem Menschen uneingeschränktes Lebensrecht ein. Heute würden neue Denkmodelle entwickelt. Dieser Paradigmenwechsel würde sich in der Erkenntnis begründen, dass alles miteinander verbunden sei. Die Funktion lebender Systeme müsse als Ganzheit und in ihrer Wechselwirkung mit der Umwelt begriffen werden. Wartenberg-Potter appellierte an die Menschen, sich der Krone der Schöpfung zu entledigen und *Mitgeschöpf* zu werden, das im Frieden mit der Erde und nicht auf Kosten der Tiere, Pflanzen und Elemente lebe.

Der Entwicklung des Tierschutzes in der Wissenschaft widmete sich **Dr. Anna-Carolin Wöhr**, Tierschutzbeauftragte an der *Universität München*. Sie stellte fest, dass zwischen 2000 und 2010 die Zahl der für Ver-

suche verwendeten Tiere um 56,5 Prozent auf aktuell rund 2,9 Millionen gestiegen sei. Als größten Wachstumsbereich bei Tierversuchen nannte sie die Gentechnik. Um ein einziges transgenes, d. h. genmanipuliertes, Individuum mit den gewünschten Eigenschaften herzustellen, seien 150 bis 200 Tiere erforderlich; diese würden jedoch nicht in der Statistik erfasst. Thematisiert wurde auch, dass es viel Zeit beanspruche, bis eine sogenannte Alternativmethode behördlich anerkannt werde. Bei tierversuchsfreien Tests auf Hautkorrosivität beispielsweise würde dieser Prozess rund zehn Jahre dauern. Wöhr wies auch darauf hin, dass im Umgang mit Tieren im Labor die Schmerzbeurteilung wichtig sei. So würden u.a. Ratten, auch wenn sie leiden, kaum Schmerzen zeigen, da sie andernfalls als Beutetiere entlarvt würden.

**Prof. Dr. Herwig Grimm**, Philosoph und Tierethiker an der *Universität München*, zitierte Jeremy Bentham, der mit seinem sinngemäßen Leitsatz *Der Tag wird kommen, an dem Tiere dieselben Rechte erhalten wie Menschen* den Tierschutz in die gesellschaftliche Debatte einbrachte. So verglich er den Umgang mit Tieren mit dem von Menschen und verwies auf die Sklaverei. Als Erbe des Leitgedankens Benthams nannte der Referent die Nähe der Tierethik zu gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Große Paukenschläge in der modernen Tierethik seien die Werke *Animal Liberation (Tierbefreiung)* von Peter Singer aus dem Jahr 1975 und *The Case for Animal Rights (Der Fall für Tierrechte)* von Tom Regan aus dem Jahr 1983.

Im Anschluss an die Fachvorträge gab es vier Arbeitsgruppen. Unsere Vereinsvorsitzende nahm an der Sitzung zu sogenannten Nutztieren teil, ich selbst schloss mich der Gruppe zu Tierversuchen an.

In der **Arbeitsgruppe Tierversuche** reichten die Teilnehmer von Tierschützern, Behördenvertretern

bis zu Tierexperimentatoren. Erwartungsgemäß kontrovers waren die Ansichten. Unter Moderation von **Dr. Karl-Heinz Brandstetter** vom *Max-Planck-Institut für Biochemie* in Planegg-Martinsried erläuterten Sachverständige kurz ihren Standpunkt zu Tierversuchen, gefolgt von einer Diskussion. Während die Tierschützer die Verwendung von Tieren für Versuchszwecke nicht akzeptiert haben, setzten die Experimentatoren es als selbstverständlich voraus, dass Tierversuche durchgeführt werden. Sie formulierten das Ziel, möglichst effizient Zieltiere mit bestimmten Merkmalen bereit zu stellen. Da jedoch Konsens dahingehend erzielt werden konnte, die wertvolle Arbeitszeit nicht ergebnislos in Grundsatzfragen zu verlieren, wurde mein Vorschlag aufgegriffen, sich auf die Ausarbeitung von politischen Mindestanforderungen zu konzentrieren, die im Rahmen der Umsetzung der EU-Tierversuchsrichtlinie 2010/63 aktuell möglich und notwendig sind. Hier einigten wir uns auf verschiedene Kernbereiche wie Fragen nach der ethischen Vertretbarkeit, der Kontrolle nach Abschluss eines Tierversuchs, der Qualifikation des Personals, der Genehmigung von Tierversuchen für Produktprüfungen und der Einrichtung von Kompetenzzentren, die jeweils diskutiert und konkretisiert wurden. So konnte zumindest Einigung erzielt werden, dass Menschenaffen nicht in Versuchen eingesetzt werden sollten, der Nutzen von Tierversuchen angegeben und kontrolliert werden muss und alle Tierversuche, auch solche, die im Rahmen von Produktprüfungen vorgeschrieben sind, einer Genehmigungspflicht unterliegen müssen. Auch wurde es als sinnvoll erachtet, ein nationales Kompetenzzentrum einzurichten, das Behörden und Tierversuchskommissionen beratend zur Seite steht, wenn es beispielsweise um Fragen nach der Verfügbarkeit von sogenannten Alternativmethoden oder die Bewertung des Tierleids geht.

Als aus der Arbeitsgruppe hervorgehender *Bad Boller Appell* wurde abschließend die Forderung formuliert: *Die EU-Richtlinie 2010/63*

*bezeichnet es als das letztendliche Ziel, Tierversuche vollständig zu ersetzen, sobald dies wissenschaftlich möglich ist (Erwägungsgrund Nr. 10). Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür eine Strategie zu entwickeln!*“

Eine anschauliche Sichtweise zur Zukunft des Tierschutzes gab **Ulrike Höfken** MdL, *Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz*. Sie bezeichnete sich als *Mutter des Tierschutzes ins Grundgesetz* und erzählte, dass sie viele Male an Ostern gegen die Käfighaltung von Hennen protestiert habe. Momentan werde auf Bundesebene intensiv über das Thema Legehennen diskutiert, wobei große wirtschaftliche Interessen und machtpolitische Fragen im Vordergrund stünden. Sie gab weiter zu bedenken, dass unser Gesundheitssystem in Teilen zusammengebrochen sei, da Antibiotikaresistenzen, die aus dem Einsatz in der Massentierhaltung herrührten, ein immer größer werdendes Problem seien. Höfken kritisierte, dass Effizienz nicht heißen dürfe, eine sogenannte Milchkuh dazu zu bringen, noch mehr Milch zu geben, sondern dass der Verschwendung Einhalt geboten werden müsse. Allein davon, was an Lebensmitteln weggeworfen werde, würde die Menschheit satt werden. Trotz aller Defizite gäbe es jedoch auch Initiativen, die hoffen ließen. So werde die tierschutzpolitische Sprecherin von *Bündnis 90/Die Grünen* Undine Kurth zusammen mit ihrer Fraktion einen Entwurf für ein neues Tierschutzgesetz vorlegen, das einige Verbesserungen für die Tiere beinhalte.

Zum Abschluss der Tagung stellten die Arbeitsgruppenleiter die jeweiligen Ergebnisse vor, welche im Podium diskutiert werden konnten. Die Moderatorin der **Arbeitsgruppe Heimtiere**, **Dr. Elke Deininger** von der *Akademie für Tierschutz*, berichtete, dass sich die Teilnehmer mit den Bereichen Qualzucht und ihren Folgen, der Haltung und dem Umgang mit kleinen Heimtieren wie Kaninchen, dem Handel und der Haltung von Reptilien sowie Fragen zur Kennzeichnung und Kastration von Kat-

zen und Hunden befasst habe. So verfasste die Gruppe eine Liste mit Merkmalen, die zur Beurteilung des Vorliegens einer Qualzucht herangezogen werden sollen, wie z.B. Atemnot oder Bewegungsanomalie, und appellierten an die Bundesregierung, dass eine Qualzucht nicht wie im Entwurf des Tierschutzgesetzes vorgesehen durch „züchterische Erkenntnisse“ bewertet wird, sondern durch „objektive“. Die Teilnehmer sprachen sich mehrheitlich für eine vom Staat finanziell unterstützte Kastrationspflicht von Freigängerkatzen aus.

Für die **Arbeitsgruppe Nutztierhaltung** fasste die Moderatorin **Dr. Gabriele Pflaum** die Ergebnisse zusammen. So einigten sich die Teilnehmer darauf, dass Haltungssysteme den Tieren angepasst werden müssen und nicht umgekehrt, die Zucht auf gesunde Tiere und nicht auf Leistung ausgerichtet sein sollte. Bei der Tierhaltung sei Sachkunde und ständige Weiterbildung erforderlich. Außerdem müssten die rechtlichen Grundlagen und der Vollzug gestärkt werden. Beispielsweise seien für die Rinderhaltung Spezialverordnungen notwendig. Als wichtig erachteten die Teilnehmer eine Kennzeichnung von Produkten, die Transparenz bietet und somit eine bessere Aufklärung des Verbrauchers. Die Vermeidung bzw. die Reduktion des Verzehrs tierischer Produkte wurde als aktiver Beitrag zum Tierschutz gesehen. Als Leitsatz formulierte die Arbeitsgruppe „Tiergerechter Konsum, faires Genießen, mündiger Konsument“.

Aus der **Arbeitsgruppe Wildtiere** berichtete **Dr. Matthias Triphaus-Bode** von der *Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz (TVT)*. Die Teilnehmer haben sich unter anderem darauf verständigt, dass die Haltung von Wildtieren nur bei vorliegender Sachkunde und mit Genehmigungsvorbehalt möglich sein sollte. Tierbörsen sollten verboten werden und die Haltung von Greifvögeln zur Beizjagd wird kritisch gesehen. Auffangstationen für Tiere wurden begrüßt sowie eine Förderung von vorbildlichen Haltungen in Zoos vorgeschlagen.

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

### **Klage von Nerzfarmen abgelehnt**

Nachdem am 12.12.2011 die gesetzlichen Anforderungen an das Halten von Pelztieren in Kraft getreten war, die mit hohen Kosten für die Betreiber solcher „Farmen“ verbunden ist, versuchten einige der Tierhalter, die Vorschriften zu ignorieren.

Zwei Nerzfarmer aus Hörstel und Borken im Münsterland haben gegen die neuen Tierschutzvorschriften geklagt, die den Tieren mehr Platz einräumen. Die Betreiber hatten begründet, dass durch den Umbau der Käfige das Geschäft für sie unrentabel werde und die neuen Tierschutzvorgaben einem Berufsverbot gleichkämen.

Erfreulicherweise folgte das Gericht dieser Argumentation nicht, die Kläger verloren am 09.03.2012 vor dem Verwaltungsgericht Münster. Mit diesem Urteil machte das Gericht deutlich, dass Tierschutzverordnungen selbst dann umgesetzt werden müssen, wenn sie für den Tierhalter mit hohen Kosten verbunden sind.

### **Hühnermastanlage: Gericht hebt Genehmigung auf**

Signalwirkung dürfte auch ein weiteres Gerichtsurteil haben. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat am

25.04.2012 die Genehmigung für eine Hähnchenmastanlage mit bis zu 39.900 Tieren in Schermbeck-Üfte aufgehoben. Der Kreis hatte im September 2009 zugunsten des landwirtschaftlichen Betriebs eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung erteilt. Daraufhin hatten betroffene Nachbarn wegen befürchteter hoher Geruchsbelastung Klage eingereicht.

Beim ersten Verhandlungstermin wurde festgelegt, dass der Beweis erbracht werden sollte, wie hoch die Geruchsbelastung tatsächlich ist. Die durch das *Landesamt für Umwelt und Verbraucherschutz* erstellte Begutachtung ergab dann eine weit über allen Werten liegende Gesamtbelastung von etwa 30 Prozent Jahresgeruchsstunden. Da das Gutachten darüber hinaus eine Zusatzbelastung deutlich über die Bagatellgrenze von zwei Prozent Jahresgeruchsstunden festgestellt hatte, war die Genehmigung aus Sicht des Gerichtes rechtswidrig.

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat mit diesem Urteil die auf eine grob fehlerhafte Berechnungsmethodik der Geruchsmissionen zurückzuführende, viel zu großzügige Genehmigungspraxis annulliert.

### **Erfolg in Haßleben: Investor halbiert Zahl der Mastplätze**

Seit acht Jahren ist die geplante riesige Schweinemastanlage im brandenburgischen Haßleben zum Symbol für den Kampf gegen die tierquäle-

rische Intensivtierhaltung geworden. Vor allem die Bürgerinitiative *Kontra Industrieschwein* hat die ganzen Jahre über ihren Protest gegen die Mega-Anlage in der Uckermark unermüdlich fortgeführt.

Der holländische Investor Van Gennip, der bereits zwei Großanlagen in Sachsen-Anhalt betreibt, will nun die Anzahl der Mastplätze drastisch reduzieren. Ursprünglich wollte er eine Genehmigung für 84.000 Tiere, die er nach Einwendungen wegen der Umweltbelastung auf 67.000 Schweine reduzieren musste.

Wie unser Bundesverband in seinem *Newsletter* vom 04.05.2012 mitteilte, sollen nun „nur“ noch insgesamt 37.000 Tiere in der modernisierten DDR-Anlage untergebracht werden. Der große Erfolg ist weniger die Halbierung der Zahl der Schweine, sondern eher die Tatsache, dass der Investor auf erhebliche Probleme bei der Genehmigung seiner Mega-Anlage stößt. Da mittlerweile die Beteiligungs- bzw. Mitspracherechte von Anwohnern und Umweltverbänden verbessert wurden, wird es zukünftig noch schwieriger, solche Vorhaben durchzusetzen.

Zudem verweist ein aktuelles Brandschutzgutachten darauf, dass die hohe Anzahl der Tiere in solchen Anlagen eine Rettung im Brandfall nicht zulässt. Dies verstößt gegen die Landesbauordnungen, nach denen die Rettung der Schweine gewährleistet sein muss. Dies sind nicht zuletzt negative Signale für andere Investoren, zumal die Proteste der Bevölkerung weitergehen.

## **Anschriften für Briefaktionen**

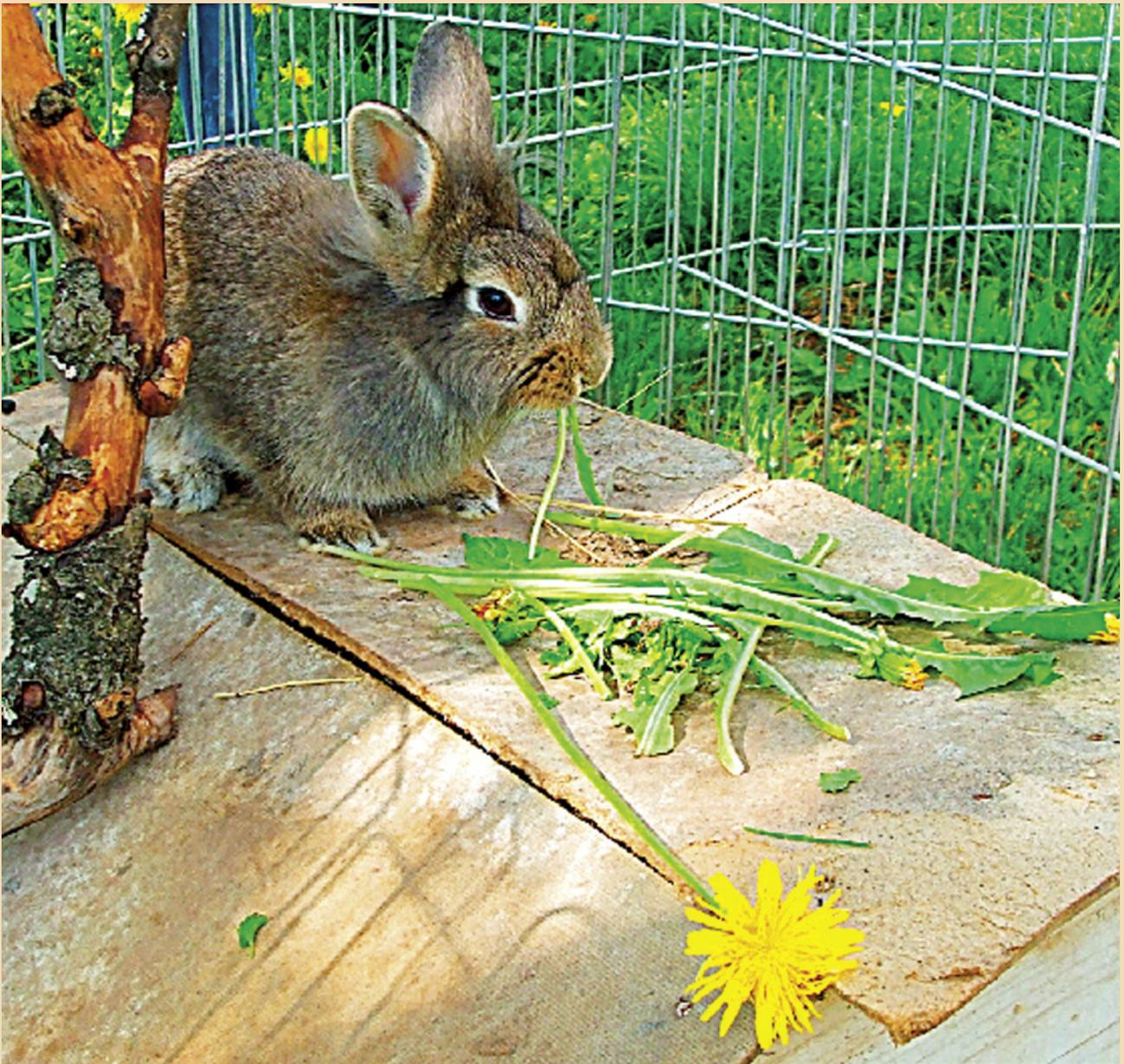
Seite

- 22 Tiertransporte: Herrn John Dalli, EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik, Europäische Kommission, B 1049 Brüssel, Belgien, E-Mail: cab-dalli-webpage@ec.europa.eu
- 22 Kaninchenhaltung: EU-Kommissar Dacian Cioloş, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, B-1049 Brüssel Belgien, E-mail: dacian.ciolos@ec.europa.eu
- 25 Protestbrief zum neuen Forschungslabor in Berlin:  
An den Regierenden Bürgermeister, Herrn Klaus Wowereit, Judenstr. 1, 110178 Berlin,  
E-Mail: der-regierende-buergermeister@senatskanzlei.berlin.de, Telefax: 030/9026-2013

**MENSCHEN  
FÜR TIER  
RECHTE.**

Menschen für Tierrechte. TVG e.V., Alexanderstraße 13, D-70184 Stuttgart  
E 48168 Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

## **Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.**



*Foto: Wolfgang Livaditis*